China: Eine Grossmacht im Wandel

Grenzen und Freiräume

MoneyMuseum (Hrsg.)

China: Eine Grossmacht im Wandel

Grenzen und Freiräume

China: Eine Grossmacht im Wandel

Grenzen und Freiräume

MoneyMuseum (Hrsg.)

©2021
Conzett Verlag by Sunflower Foundation

Herausgegeben von:
MoneyMuseum Zürich
www.moneymuseum.com
info@sunflower.ch

Idee/Konzept: Jürg Conzett
Lektorat: Ursula Kohler
Fotos: Matthias Messmer
Gestaltung und Satz: Claudia Neuenschwander
Druck: CPI books

ISBN 978-3-03760-052-8

Inhalt

Vorwort 7

Geopolitische Grenzen und Freiräume

Der «Chinesische Traum» und die Suche nach dem Platz an der Sonne
Ralph Weber 17

China an seinen Grenzen – Pekings Beziehungen mit seinen Nachbarn und Minderheiten
Matthias Messmer 24

Politische Grenzen und Freiräume

Das politische System Chinas als Gegenmodell zur marktwirtschaftlichen Demokratie
Saskia Hieber 35

Beziehungsstatus kompliziert, aber unzertrennlich – China und der Klimawandel
Patrick Renz 42

Unternehmerische Grenzen und Freiräume

Politikwende trifft Chinas Technologie-unternehmen
Luisa Kinzius 57

Gesellschaftliche Grenzen und Freiräume

Chinas Gesellschaft zwischen persönlichen Freiräumen und staatlicher Kontrolle
Kristin Shi-Kupfer 66

Die Automatisierung der Herrschaft
Mark Siemons 74

Persönliche Grenzen und Freiräume

Psychogramm China – Prägende Werte und Ideologie einer Weltmacht
Urs Schoettli 87

Historische Grundlagen der chinesischen kulturellen DNA
Josef Mondl 95

Autorinnen und Autoren 105

Vorwort

Das gängige Bild der aufstrebenden modernen Grossmacht ist geprägt von der politischen Führung durch die Kommunistische Partei Chinas. Die Vorstellung eines autoritären Staatswesens lässt zuallererst an Einschränkungen, an Grenzen denken. Doch China ist ein vielfältiges Land mit einer weit älteren Geschichte, als wir sie in Europa kennen. Es gibt Unterschiede und Bruchstellen im Innern sowie an den Grenzen zu seinen Nachbarn. Diese lassen Freiräume erahnen, denen wir nachgehen wollen.

Eigentlich ist die gelebte Vielfalt im heutigen China, die im Kontrast zur politischen Rede von «chinesischen Eigenschaften» steht, und damit die persönlichen Freiräume der Menschen in China, der wichtigste Ausgangspunkt, um von dort aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu verstehen. Die in diesem Booklet versammelten Beiträge loten Freiräume und Grenzen jedoch in der umgekehrten Richtung aus, vom Geopolitischen zum Persönlichen – in der Hoffnung, Ihnen damit den Einstieg zu erleichtern.

1. Geopolitische Grenzen und Freiräume: Ralph Weber setzt sich mit dem «Chinesischen Traum» und der Suche nach dem «Platz an der Sonne» auseinander, Matthias Messmer leuchtet die Grenzen des Riesenreichs aus.

2. Politische Grenzen und Freiräume: Saskia Hieber schreibt über das politische System Chinas als Gegenmodell zur Marktwirtschaft, und Patrick Renz erklärt uns Gründe für die uns oft unverständlichen Gegensätze in der chinesischen Klimapolitik.

3. Unternehmerische Grenzen und Freiräume: Luisa Kinzius schreibt über Fintech-Unternehmen, die viel Freiraum und Unterstützung genossen haben, jetzt aber von der Regierung eingegrenzt werden; was hat das generell zu bedeuten?

4. Gesellschaftliche Grenzen und Freiräume: Kristin Shi-Kupfer und Mark Siemons beschreiben das Social Credit System, die systematische Überwachung von Unternehmen und Gesellschaften, und fragen sich, wie die Chinesinnen und Chinesen langfristig mit diesen Grenzen und Freiräumen umgehen werden.

5. Persönliche Grenzen und Freiräume: Urs Schoettli und Josef Mondl schreiben über den Kern Chinas. Diesen komplexen Kern halten viele für das Verständnis des Reichs der Mitte als äusserst wichtig und sehen ihn als Ausgangspunkt, um von dort aus Gesellschaft, Unternehmen und Politik zu verstehen.

Das MoneyMuseum plant eine Vortrags- und Diskussionsreihe zu China im Rahmen des MoneyForums. Zielsetzung dieses Booklets ist, Interessierte für das Thema zu sensibilisieren und eine mögliche Inhaltsübersicht über die Aktivitäten des MoneyForums aufzuzeigen. Die einzelnen Vortrags- und Diskussionsabende werden von dem hier präsentierten Inhalt abweichen, aber die grosse Linie von «Grenzen und Freiräumen in China» beibehalten.

David Erne von stars, Prof. Ralph Weber vom Europainstitut der Universität Basel und Markus Herrmann von Sinolytics unterstützen mich inhaltlich in dieser Vortrags- und Diskussionsreihe; allen drei bin ich zu grossem Dank verpflichtet.

Einer unserer Autoren, Matthias Messmer, hat während der letzten 15 Jahre als freischaffender Fotograf alle Provinzen und autonomen Regionen der Volksrepublik China bereist. Zur Bebilderung dieses Bandes stellte er uns aus seinem reichhaltigen Fotoarchiv Porträts von Chinesinnen und Chinesen zur Verfügung. Das Thema «Grenzen und Freiräume» hat – trotz Strukturen und Institutionen, trotz Theorien und Propaganda, trotz Umbrüchen und Aufbrüchen – in erster Linie mit dem Menschen an sich zu tun. Ich hoffe, den Leserinnen und Lesern mit Porträts von Personen unterschiedlicher Ethnien einen kleinen Einblick in die Vielfalt der chinesischen Bevölkerung zu geben. Optisch zu erahnen, was zwischen den Buchstaben und Kapiteln stehen könnte.

Jürg Conzett

Links: Luoyi, Hainan *Rechts:* Shanghai

28

Shanghai

Harbin, Heilongjiang

Shanghai

Geopolitische Grenzen und Freiräume

Kaiping, Guangdong

Der «Chinesische Traum» und die Suche nach dem Platz an der Sonne

Um den chinesischen Traum besser zu verstehen, ist eine längere historische und ideologische Perspektive notwendig. Der Fokus ist dabei sowohl auf die Vergangenheit wie die Zukunft gerichtet.

Ralph Weber

Am 15. November 2012 wurde Xi Jinping zum Generalsekretär und zum Vorsitzenden der Militärkommission der Kommunistischen Partei gewählt. Damit besetzte er das Machtzentrum des chinesischen Parteistaats. Nur zwei Wochen später soll er zum ersten Mal den Ausdruck «chinesischer Traum» (中国梦) verwendet haben. Sechs Jahre danach hielt er in einer Ansprache fest, dass man inzwischen näher, zuversichtlicher und fähiger als je zuvor sei, das Ziel der «grossen Wiederbelebung der chinesischen Nation» (中华民族伟大复兴) zu erreichen. Das werde gelingen, fügte er hinzu, solange die mehr als 1,3 Milliarden Chinesen und Chinesinnen weiterhin ihre Träume verfolgten. Der Weg dahin würde nicht weniger als einen «neuen Langen Marsch» (新长征) erfordern. Der inzwischen von Xi wiederholt verwendete Ausdruck soll an den historischen und längst mystifizierten Rückzug der Roten Armee von 1934/1935 erinnern, der enorme Truppenverluste bedeutete, aber auch zahlreiche Heldengeschichten hervorbrachte und für die Persistenz und die Willenskraft der Partei zu stehen kam. Schon bei der Ankündigung der Reform- und Öffnungspolitik in den späten 70er-Jahren hatte Deng Xiaoping das gleiche Bild eines «neuen» Langen Marschs eingesetzt.

Schon alleine hieraus wird ersichtlich, dass der «Chinesische Traum» entlang einer längeren historischen und auch ideologischen Perspektive zu verstehen ist. Das gilt in beide Richtungen der Zeitachse, in die Vergangenheit wie in die Zu-

kunft. Der Traum, der direkt an den auf Jiang Zemin zurückgehenden Slogan der Wiederbelebung der chinesischen Nation gekoppelt ist, verweist weit zurück auf Mao Zedong – und auf die China auch im Verständnis der Kommunistischen Partei definierende historische Erfahrung des «Jahrhunderts der Schmach» (百年国耻). Es geht also um die traumatisierende Erniedrigung der chinesischen Nation durch die westlichen Imperialisten und Japan zwischen 1839 und 1949. Im Jahr der Gründung der Volksrepublik erklärte Mao die Zeit der Schmach für beendet, und damit konnte das Projekt der Rückkehr zur früheren Grösse beginnen.

Jahrhundertziele

Es ist ein Jahrhundertzukunftsprojekt geworden. Jiang hatte zwar zuerst von «zwei Jahrhundertzielen» (两个一百年) zu sprechen begonnen; unter Xi wurden sie aber zum zentralen Slogan. Zum 100. Geburtstag der Kommunistischen Partei Chinas sollte bis 2021 eine mässig prosperierende Gesellschaft erreicht werden, woran auch die Beseitigung absoluter Armut geknüpft war. Zum 100. Geburtstag der Volksrepublik im Jahr 2049 steht dann das Ziel auf dem Plan, China in eine moderne Nation verwandelt zu haben, genauer in ein starkes, demokratisches, zivilisiertes, harmonisches und schönes modernes sozialistisches Land. Die Betonung liegt auf dem Adjektiv «sozialistisch», sodass etwa «demokratisch» weiterhin als ein leninistischer demokratischer Zentralismus zu verstehen ist, wie er ja auch in der Staatsverfassung (Art. 3) festgehalten ist.

Mit dem Erreichen des zweiten Jahrhundertziels wird dann vielleicht auch «die erste Stufe des Sozialismus» (社会主义初级阶段) abgeschlossen sein und das Zweckbündnis mit dem Kapitalismus kann dem übergeordneten Interesse einer Gesellschaft mit ökonomischer Gleichheit weichen. Laut verschiedenen Parteitheoretikern hat die erste Stufe in den 1950er-Jahren begonnen und würde geschätzt 100 Jahre dauern. Das passt zeitlich also gut zusammen.

Taxkorgan, Xinjiang

Luoyi, Hainan

Realität passt sich den Zielen an

Diese langen Zeithorizonte werden in der heutigen Diskussion oft verklärt und das strategisch denkende China einem planlosen Europa entgegengehalten. Dabei wird aber übersehen, dass es sich hierbei nicht um Pläne handelt, die als Zielvorgaben auch nicht erfüllt werden könnten. Vielmehr wird sich die erreichte Realität den Zielen anpassen müssen. So gab es zum Beispiel keine denkbare Möglichkeit, dass die jüngst erfolgte «Beseitigung absoluter Armut» nicht erreicht werden hätte können. Auch wenn es wichtige Diskussionen um den Marx'schen historischen Materialismus gegeben hat, so hat man ein teleologisches Geschichtsverständnis grundsätzlich nie aufgegeben.

Worin besteht also der chinesische Traum vor diesem Hintergrund? Es ist ein Traum, der nicht einfach geträumt werden darf, sondern der verpflichtet und erreicht werden muss. Auch wenn die Referenz zum amerikanischen Traum deutlich ist, könnte der Gegensatz nicht stärker sein. Der amerikanische Traum vom Tellerwäscher zum Millionär ist ein individueller Traum. Trotz seiner Verknüpfung mit den speziellen gesellschaftlichen Voraussetzungen in den Vereinigten Staaten ist er als solcher im Prinzip auch übertragbar. Man kann den amerikanischen Traum auch in Polen, in Botswana, in der Schweiz oder sogar in China träumen. Der chinesische Traum hingegen hängt sich an der chinesischen Nation auf. Chinesinnen und Chinesen im In- und, wie Xi betont, auch im Ausland sollen dazu beitragen. Ihr individuelles Wohl ordnet sich jedoch dem nationalen Wohl unter. Das ist wesentlich schwieriger zu übertragen. Während der Tellerwäscher in den Vereinigten Staaten und derjenige in Polen beide vom sozialen Aufstieg träumen können, ohne sich in die Quere zu kommen, scheint sich der chinesische Traum nicht so einfach mit anderen nationalistischen Visionen zu vertragen. In diesem Wettbewerb gibt es in letzter Konsequenz wohl nur einen Platz an der Sonne.

Vielleicht hat der chinesische Traum deshalb bis anhin kaum Bedeutung als Soft Power gezeitigt. Vielleicht wird des-

halb in der Parteipropaganda so oft von gegenseitigem Gewinn, von Harmonie, von Frieden und Koexistenz gesprochen und davon, wie Xi wiederholt vorgebracht hat, dass China die Welt und die Welt China brauche. Die im Parteijargon gebräuchliche Betonung darauf, das Wohl der Menschheit als Schicksalsgemeinschaft（人类命运共同体）im Blick zu haben, steht quer zum gleichermassen akzentuierten Nationalismus, der Chinesinnen und Chinesen rund um die Welt aufgrund ihrer «Gene», ihrer Zugehörigkeit zur chinesischen Kultur und ihrer Liebe zum Mutterland unter Führung der Kommunistischen Partei als Einheit konstituiert.

In letzter Zeit ist in den Augen mancher Analysten klargeworden, dass die Volksrepublik China – und das heisst letztlich immer die Kommunistische Partei – eine alternative Weltordnung anstrebt. Die Rede von verschiedenen «Normenräumen» macht die Runde. Auch der Nachrichtendienst der Schweiz hat diesen Begriff verwendet. Das hat sicherlich damit zu tun, dass die Volksrepublik mit ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und ihrer politischen Macht sich inzwischen stark genug fühlt und sich wie eine Grossmacht gebärdet – ganz einfach, weil sie es kann. Das alles hätte indes niemanden überraschen dürfen. In den politischen Reden von Mao über Deng bis hin zu Xi ging es schon immer ganz unverhüllt darum, eine Weltmacht und eine moderne sozialistische Nation zu werden und in letzter Konsequenz den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus zu erringen.

Sozialistischer Weg chinesischer Prägung

Schon im Januar 2013 machte Xi, in einer Rede als Generalsekretär der Partei, also noch bevor er Staatspräsident wurde, unmissverständlich klar, dass die Einschätzung mancher Kommentatoren «völlig falsch» sei, welche die Volksrepublik heute durch einen Staatskapitalismus oder einen bürokratischen Kapitalismus geprägt sieht: «Unabhängig davon, wie wir uns reformieren und öffnen, sollten wir immer dem sozialistischen Weg mit chinesischen Eigenschaften folgen, dem theoretischen System des Sozialismus mit chinesischen

Changsong, Jilin

Eigenschaften, der Struktur des Sozialismus mit chinesischen Eigenschaften sowie den grundlegenden Erfordernissen, welche der 18. Nationalkongress der Kommunistischen Partei Chinas dargelegt hat, für einen neuen Sieg des Sozialismus.»

Dass der chinesische Traum mit viel Ideologie daherkommt, ist offensichtlich, sagt aber noch nichts Abschliessendes zur Rolle und Bedeutung dieser Ideologie aus. Welche Funktion hat die Ideologie für den chinesischen Parteistaat? Ist sie Zweck oder Mittel? Falls Letzteres, Mittel wofür? Hier müsste sich eine realpolitische Analyse anschliessen. An solchen herrscht derzeit kein Mangel. Aber ohne angemessene Berücksichtigung der ideologischen Grundkoordinaten der Kommunistischen Partei Chinas können solche Analysen nur zu kurz ausfallen.

China an seinen Grenzen – Pekings Beziehungen mit seinen Nachbarn und Minderheiten

Mit welchen Fragen, Sorgen und Positionen blicken Chinas Nachbarländer auf ihren mächtigsten Nachbarn? Chinas Grösse, seine Geschichte und das politische System des Landes bergen Konfliktpotenzial.

Matthias Messmer

Im Grunde genommen könnte einem China leidtun: Peking hat in der Welt – abgesehen von einigen Ländern mit zweifelhaftem Ruf wie etwa Sudan, Syrien oder Weissrussland – keine wahren Freunde. Ob sich diese Tatsache in absehbarer Zukunft verändern wird, ist angesichts Chinas weltpolitischer Ambitionen eher fraglich. In vielen Staaten werden sie nämlich mit Befremden oder sogar Unmut verfolgt.

Selbst wenn man den Radius verkleinert und den Blick lediglich auf Asien beziehungsweise Chinas Nachbarländer wirft, ändert sich die Einschätzung nicht grundlegend. Das ist doch eigentlich verwunderlich, denn immerhin hat China auf einer Länge von 22 000 Kilometern zu Lande vierzehn Nachbarn. Hinzu kommen einige Anrainerstaaten im Süd- und Ostchinesischen Meer. Theoretisch gesehen sollte es also leichtfallen, Freunde zu finden. Doch ist es wie in einem grossen Haus, in dem mehrere Partien wohnen und keiner mit dem stärksten Nachbarn so recht klarkommt.

Das hier skizzierte Problem hat hauptsächlich drei Ursachen: Chinas Grösse, seine Geschichte und das politische System des Landes. Alle drei tragen das Potenzial in sich, zu einer belastenden Hypothek zu werden. Und das zeigt sich an Chinas Grenzen aus natürlichen Gründen zuerst.

Meidaizhao, Innere Mongolei

Taxkorgan, Xinjiang

Taxkorgan, Xinjiang

Respekt vor Goliath

Das Reich der Mitte ist mehr als 230-mal so gross wie die Schweiz. Da ist es nur allzu verständlich, dass Chinas kleinere Nachbarn wie Laos, Myanmar oder Bhutan nicht nur grossen Respekt vor dem Goliath direkt vor ihrer Haustüre haben, sondern dass sich bei den lokalen Bevölkerungen dieser Nachbarländer immer mehr auch Bedenken und sogar Ängste breitmachen. Ob China auf der internationalen Bühne mit grossem Geschrei (gegenüber Indien anlässlich der jüngsten militärischen Gefechte im Himalaya) oder verlockenden Schalmeienklängen (gegenüber südostasiatischen Ländern im Rahmen der «Belt and Road Initiative») auftritt: Das Vertrauen der meisten Nachbarn in Peking und die geopolitischen Ziele der kommunistischen Staatsmacht hat seine Grenzen.

Allein die Tatsache, dass China zusätzlich das bevölkerungsreichste Land der Erde ist, macht die Sache nicht einfacher. Man kann sich leicht vorstellen, dass selbst grössere Nachbarn wie die Mongolei oder Russland sich gelegentlich fragen, wie die chinesische Parteielite die Versorgung der eigenen Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten garantieren will – oder ob man vielleicht im Notfall doch mit (wenngleich nicht unbedingt territorialen, aber immerhin wirtschaftlichen) Expansionsgelüsten zu rechnen hat. Wenn heute die Volksrepublik China Besitzansprüche auf das Südchinesische Meer anmeldet, die fast ein Viertel der Grösse seines Festlandterritoriums ausmachen, dann wundert man sich nicht, weshalb einige südliche und östliche Nachbarn dieses Ansinnen gelinde gesagt mit Argusaugen verfolgen. Die Philippinen haben sich im Jahre 2016 sogar an den ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag gewandt.

Historische Altlasten

Die Geschichte bietet ein weiteres Konfliktfeld, das immer dann ins Spiel kommt, wenn Peking sich seiner angeblich fünftausendjährigen friedvollen und harmonischen Vergangenheit rühmt und damit der ganzen Welt beweisen will, dass

beispielsweise Tibet oder Xinjiang seit eh und je zur grossen «Chinesischen Nation» (Zhonghua minzu) gehört haben. Doch aufgepasst: Wer etwa als Historiker den (durch Chinas Kaiser Qianlong im 18. Jahrhundert angeordneten) Genozid an den mongolischen Dzungaren studieren oder sich kritisch mit der «Befreiung» Tibets durch die Volksbefreiungsarmee 1951 auseinandersetzen möchte, der tut gut daran, seine Studien ausserhalb Chinas durchzuführen. Chinesische Geschichtsschreibung liegt in der absoluten Hoheitsgewalt der Kommunistischen Partei, und da dulden die roten Kaiser unter keinen Umständen irgendwelche Abweichungen oder alternative Sichtweisen. Nicht mal ein kritisches Hinterfragen.

Verhindern kann jedoch auch das Regime in Peking nicht, dass der Nachbar Indien beispielsweise den Grenzkrieg von 1962 nicht vergessen kann und auch nicht übersehen will, dass China mit Delhis Erzfeind Pakistan einen milliardenschweren Waffen- und Energiehandel treibt. Selbst in Russland, das mit China im Fernen Osten eine 3600 Kilometer lange Grenze aufweist, übersieht man – vor allem auf Regierungsebene – aus wirtschaftlichen Gründen gerne die historischen Altlasten (z. B. den fast drei Jahrzehnte andauernden chinesisch-sowjetischen Konflikt). Diese könnten jedoch – Putins System wird nicht ewig Bestand haben – jederzeit wieder zum Vorschein kommen. Wie urteilte noch 1989 Chinas damaliger starker Mann Deng Xiaoping anlässlich des Besuchs von Gorbatschow in Peking? Russland, und nicht etwa Japan oder die USA, sei Pekings grösster Feind, weil es in seiner Geschichte mehr Territorium von China besetzt habe als jedes andere Land.

Unbeirrbares System

Schliesslich ruft auch Chinas politisches System mit allem, was dazu gehört, bei vielen Nachbarn ungute Gefühle hervor. Zwar tritt die Machtelite gegen aussen weltoffen und fortschrittlich auf, doch gegen innen regiert sie streng dogmatisch und hält das Szepter in bewährt marxistisch-leninistischer Manier in der Hand. Das ist keine ideale Vorausset-

zung für Chinas Propagandaleute, das glanzvolle Image einer verantwortungsbewussten Grossmacht aufzubauen. Und so geben unterschiedliche Facetten dieses Systems Chinas Nachbarn immer wieder Anstoss zur Besorgnis: Zu gross ist etwa für viele Nachbarländer (und nicht nur für sie) die Schere zwischen der chinesischen Staatspropaganda und der Wirklichkeit, zwischen Worten und Taten. Wer beispielsweise die Opposition in Hongkong mit allen Mitteln zerstört und gleichzeitig gebetsmühlenartig betont, die Formel «Ein Land, zwei Systeme» sei weiterhin die einzig gültige, nährt berechtigte Zweifel an den wahren Absichten Pekings. Nicht nur in Taiwan. Und wer in diesen Wochen zur Stabilität in Myanmar aufruft, früher jedoch ohne mit der Wimper zu zucken die Herrschaft der Militärjunta unterstützte, muss sich nicht wundern, wenn Demonstranten in Yangon vor der chinesischen Botschaft gegen den Einfluss Pekings protestieren.

Es ist vor allem auch Chinas Umgang mit den Minderheiten (die notabene in ihrer grossen Mehrheit an den Rändern des chinesischen Reiches leben), der sich als Klumpfuss für die Machthaber herausstellen könnte: Die Angst, durch noch mehr chinesische Schulbücher ihre kulturelle Identität zu verlieren, treibt nicht nur die Mongolen in der zu China gehörigen inneren Mongolei auf die Strasse, sondern alarmiert verständlicherweise auch die Mongolen jenseits der Grenze in der unabhängigen Republik Mongolei (die während der Qing-Dynastie unter chinesischer Herrschaft stand).

Die ganze Tragik um das Schicksal der Uiguren wurde in den letzten ein, zwei Jahren endlich auch dem weit entfernten Europa bewusst: Lange davor war das «Problem Xinjiang» allerdings bereits ein Thema in den Beziehungen Chinas zu den muslimischen Nachbarstaaten. Selbst in den an China grenzenden Stan-Ländern Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan zeigte man sich alarmiert über Pekings Umgang mit den Uiguren, der an stalinistische Praktiken erinnert. Nur gerade Chinas loyaler Freund Pakistan übernahm die Sichtweise seines Mentors und tut, als ob es keine Unterdrückung der traditionellen uigurischen Kultur und schon gar

keine Umerziehungslager gäbe. Das Neue Seidenstrassen-Projekt (von dem nicht nur Islamabad zu profitieren hofft) mit seinen wirtschaftlichen Vorteilen soll selbstverständlich ohne grössere Störungen abgewickelt werden.

Auf ewig wird China nicht um eine ehrliche Beschäftigung mit der Geschichte umhinkommen – auch wenn eine Vergangenheitsbewältigung, wie man sie aus Europa kennt, in Asien unwahrscheinlich erscheint. Doch immer dann, wenn Chinas Herrscher mit aller Macht mögliche Konfliktherde in den Grenzgebieten unterdrücken, wird sich die Büchse der Pandora ein bisschen weiter öffnen. Ein momentanes «Glück» für China besteht darin, dass die meisten Nachbarn autoritär regierte Länder mit wenig demokratischem Hintergrund sind. Mit anderen Worten spielen die Menschenrechte für sie keine grosse Rolle. Vorerst. Doch Zeiten können sich bekanntlich rasch wieder ändern. Das Misstrauen der lokalen Bevölkerungen in diesen Nachbarländern steigt, je stärker China seine Muskeln spielen lässt – ob im Umgang mit Minderheiten an den Grenzen oder bei zwischenstaatlichen Wirtschaftsabkommen. Diese Sensibilitäten realisieren Chinas Nachbarn deutlich rascher als Länder wie die Schweiz, für die ökonomische Interessen an erster Stelle stehen. Doch eine gesunde Skepsis gegenüber Pekings Absichten würde auch Staaten weit weg von Chinas Landmasse gut anstehen.

An den Rändern Chinas entscheidet sich nicht nur die Entwicklung in der Mitte, sondern auch das Schicksal von Pekings Aufstieg zur Weltmacht. Das Reizwort «Gelbe Gefahr» war Ende des 19. Jahrhunderts in aller Munde. Damals war es «nur» ein Gespenst. Ob es heutzutage in der Welt als real wahrgenommen wird, hängt ohne Zweifel von Pekings Auftreten auf dem internationalen Parkett ab.

Manigange, Sichuan

Politische Grenzen und Freiräume

Taxkorgan, Xinjiang

Das politische System Chinas als Gegenmodell zur marktwirtschaftlichen Demokratie

Chinas politisches System und sozialistische Marktwirtschaft gründet auf diversen strategischen Säulen. Welche Projekte, Reformen und Initiativen stehen dahinter?

Saskia Hieber

Der Erfolg des politischen Systems der Volksrepublik China generiert sich aus verschiedenen Faktoren: Wirtschaftsreformen und gesteigerter Lebensstandard, politischer Wille und Druck, massive Investitionen im In- und Ausland und die Anpassungsfähigkeit der Partei- und Staatsführung. Chinas ökonomische Reformpolitik verwandelte einen der ärmsten und bevölkerungsreichsten Staaten der Erde in wenigen Jahrzehnten in eine zukunftsorientierte Wirtschaftssupermacht. Die chinesische Regierung investiert Milliardensummen. Die gigantischen Infrastrukturinvestitionen, die «Belt and Road Initiative» (BRI), sichern die Rohstoffversorgung, den weltweiten Infrastrukturausbau und erweitern Chinas politischen Einfluss. Hinter den gross angelegten Programmen, die auch Chinas Technologieführungsposition in Zukunft etablieren sollen, steht strategischer politischer Wille, der durch Druck verstärkt und durch patriotische und ideologische Leitlinien ergänzt wird. Das Antikorruptionsprogramm ist eine der grössten Massenkampagnen seit Maos Zeiten. Die chinesische Regierung lässt keinen Zweifel aufkommen, dass sie in Partei, Justiz, in den Sicherheitsorganen hart durchgreift und, wie das Beispiel des Grossunternehmers Jack Ma und des Alibaba-Konzerns zeigt, kritische Töne aus der Privatindustrie nicht zulässt. Schliesslich hat die Kommunistische Partei Chinas gelernt sich anzupassen, zu modernisieren. Wenige politische Systeme sind so zukunfts- und technologie-

orientiert, durchsetzungsstark und gleichzeitig bereit, Machtpositionen zu verteidigen und Interessen durchzusetzen.

Zurück an die Spitze

China sieht sich als jahrtausendealte Hochzivilisation, deren Kultur- und Einflussraum über seine Grenzen hinausgeht und die asiatische Region geprägt hat. Mit dem Konzept «tianxia» (wörtlich «alles unter dem Himmel») ist aber weniger ein globaler Machtanspruch gemeint als eine hierarchische Ordnungsstruktur. Das Verständnis, bis in das frühe 19. Jahrhundert eine der führenden Mächte der Welt gewesen zu sein, die heute selbstverständlich wieder einen Platz an der Spitze beansprucht, ist weit verbreitet. Die erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die erheblich verbesserten Lebensverhältnisse und die Aussicht auf den «Chinesischen Traum», eine «Starke Nation mit einem starken Militär», den Präsident Xi Jinping verspricht, tragen zur Akzeptanz und Legitimität des politischen Systems bei. Die meisten Chinesen sind mit ihrer Staats- und Parteiführung einigermassen zufrieden. Kritik ist oberhalb der lokalen Ebene selbstverständlich nicht zu äussern.

Die mehrstufige wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China erscheint als Wachstumswunder neuer Qualität. Der politische Führungs- und Entwicklungswille katapultiert China mit beispiellosen wirtschaftspolitischen Kampagnen auf die Position einer globalen Führungsmacht im 21. Jahrhundert. «Made in China 2025» (Industriestrategie zur Technologieführerschaft), «China 2035» (Masterplan zu Innovationsführerschaft und umfassendem moderatem Wohlstand), «China 2049» (Erreichung aller Ziele zum 100. Jubiläum der Gründung der Volksrepublik China), «Belt and Road Initiative» (BRI) (globales Infrastrukturinvestitionsprogramm) lauten beispielsweise die Programme, mit denen China auch Hightech-Führungsmacht werden möchte. Faszinierend in diesem Zusammenhang ist die reiche Interpretationskunst der politischen Führung in Peking. Schliesslich gelten auch im neuen, reichen und durchdigitalisierten China die verfas-

Beijing

Yushu, Qinghai

sungstechnischen Grundsätze eines sozialistischen Staates und der demokratischen Diktatur des Volkes unter Führung der Kommunistischen Partei. Es ist zu vermuten, dass dies durch eine ständige Neu- und Uminterpretation des Primats der Revolution und der Verpflichtung zur ständigen Weiterentwicklung sozialistischer Werte gelingt. Alles ist Entwicklung, Reform und muss dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft dienen.

Der «Chinesische Traum»

Die Gestaltungsmacht von Präsident, Parteiführer und Vorsitzendem der Militärkommission Xi Jinping zeigt insbesondere in seiner ehrgeizigen Vision des «Chinesischen Traums», die sich von den moderaten Politikdevisen der Vergangenheit doch erheblich unterscheidet. Es gibt nichts Höheres als die Erfüllung des neuen und alten Traums nationaler Grösse. Xi Jinping initiierte auch eine der grössten Kampagnen der nach-maoistischen Zeit, das langfristig angelegte Anti-Korruptionsprogramm. Doch nicht nur die Grösse des «Chinesischen Traums» und die vielen Opfer der Anti-Korruptionskampagne stellen die Stabilität und Zukunftsfähigkeit des Pekinger Systems auch in Frage. Gelingt es dem gegenwärtigen Partei- und Staatschef Xi Jinping nicht, die zahlreichen Herausforderungen von Aufständen bis zu Wirtschaftsflaute und Epidemien zu stabilisieren bzw. beizulegen, droht trotz Machtfülle und Aufhebung der Amtszeitbeschränkung die Ablösung. Dem Parteisystem geht es um Machterhalt.

«Belt and Road Initiative»

Chinas neues Seidenstrassennetzwerk «Belt and Road Initiative» (BRI) ist ein gigantisches Infrastrukturinvestitionsprogramm, das gleichzeitig als aussenpolitische Blaupause für Chinas globalen Macht- und aussenpolitischen Gestaltungsanspruch interpretiert werden kann. BRI wird ebenfalls als eine Initiative Xi Jinpings und Teil des «Chinesischen Traums» in die Bücher eingehen. «Belt and Road» schafft strategische Wirtschaftskorridore, neue Handelszentren und

Kommunikationskanäle auf der ganzen Welt und soll gleichzeitig die Energieerzeugung und Chinas Rohstoffversorgung sichern. Der Gürtel, «Belt», stellt die Landverbindungen dar, «Road» steht für die Seewege.

Die Seidenstrasseninitiative kombiniert vier programmatische Säulen, die Chinas neue, globale Wirtschafts- und Aussenpolitik tragen und repräsentieren: Erstens die landgestützten Wirtschafts- und Kommunikationskorridore, die Ostasien mit Europa (und darüber hinaus mit der Welt) verbinden. Zweitens die «Maritime Seidenstrasse des 21. Jahrhunderts», die Seefahrtsrouten ausbaut, neue strategische Verbindungen und Stützpunkte anlegt und Chinas maritimen Kontroll- und Präsenzanspruch – zumindest in der ostasiatischen Region – untermauert. Über Myanmar, Bangladesch und Pakistan sollen Zugänge zum Indischen Ozean und zum Arabischen Meer gesichert werden. Drittens die «Polaren Seidenstrassen», die Chinas Interesse an den Ressourcen an beiden Polen dokumentiert. Viertens Chinas Weltrauminitiative, die zwar die vorherrschende zivile Weltraumnutzung anmahnt, sich aber militärische Kapazitäten nicht verbieten lassen möchte.

Auch finanzpolitische Interessen spielen eine Rolle. Die chinesische Regierung möchte ihre Währung international besser platzieren und als Alternative am Kapitalmarkt und im Zahlungsverkehr anbieten («Petro-Yuan»). Das funktioniert am besten über eigene, neu ausgebaute Industriezweige und Handelswege. Es geht in den Seidenstrasseninitiativen aber nicht nur um Rohstoffe, Energieversorgung, Transport und Logistik, sondern auch um das Gold der Zukunft: Daten und Kommunikation. Die Kontrolle über Netzwerke und Datenströme resultiert automatisch in einer Machtposition und ermöglicht die Hoheit über neue technische Standards. Die Volksrepublik ist ein konkurrenzfähiger Anbieter von Hochleistungstechnologie. Ausserdem investiert China zielstrebig in zukünftige Märkte und Strukturen. Die bevölkerungsreichen Länder Afrikas und Südasiens haben grosses Wachstumspotenzial.

Mazar, Xinjiang

Taxkorgan, Xinjiang

Kritik an Chinas «Belt and Road Initiative» bezieht sich auf Fragen nach Wirtschaftlichkeit, Finanzierung und sinnvoller Verkehrsanbindung. Es wurden überdimensionierte Kraftwerke geplant, Strassen und Brücken ohne Anbindung gebaut. Die Finanzierung grosser Infrastrukturprojekte überfordert schwächere Ökonomien, sie laufen in eine Schuldenfalle. Struktur- und finanzschwache Staaten wie Laos, Pakistan, Sri Lanka oder Montenegro tun sich schwer, chinesischen Bau- und Finanzierungsangeboten zu widerstehen. Weitere Kritikpunkte beinhalten Fragen nach Ausschreibungsmodalitäten, der Einhaltung ökologischer und sozialer Bedingungen und nach möglicher Korruption, insbesondere bei grossen Verkehrsprojekten. Auftragsnehmer und Kreditgeber sind meist chinesische Unternehmen und Banken. Allerdings leiden auch sie unter Planungsmängeln und Finanzierungslücken. Die Hochwachstumsphase ist vorbei, Chinas Wirtschaft wird umgebaut. Der Niedriglohnsektor wandert ins billigere Ausland. Chinas Kommunen sind verschuldet. Die Bereitschaft sinkt, zweistellige Milliardensummen im Ausland zu investieren, wenn soziale Belange, beispielsweise der Ausbau des Gesundheitssystems, dringender werden.

Machtverschiebungen

Der Westen repräsentiert nur 12 % der Weltbevölkerung und wird seinen internationalen Ordnungsanspruch nicht erhalten können. Xi Jinping präsentierte sich auf dem Weltwirtschaftsforum 2017 als Verteidiger der Globalisierung und des Freihandels sowie als Ausgleich gegen Unsicherheiten aus Washington. Im Verhältnis zu China beobachten wir Machtverschiebungen. Die Volksrepublik investiert politisches und wirtschaftliches Kapital strategisch, um Freiräume zu besetzen und sich sowohl in der Nachbarschaft als auch international ein den eigenen Interessen verpflichtetes Umfeld zu schaffen. Die Entwicklungen in Hongkong und Taiwan, die Coronakrise und die globale Wirtschaftsentwicklung werden zeigen, wie viel Resilienz und Zukunftsfähigkeit Chinas politisches System und sozialistische Marktwirtschaft besitzen.

Beziehungsstatus kompliziert, aber unzertrennlich – China und der Klimawandel

Um die chinesische Klimapolitik besser zu verstehen, hilft es, die Grauschattierung der Beziehung zwischen China und dem Klimawandel herauszuarbeiten. Beleuchtet werden dabei Bereiche wie Ideologien, Grüner Wohlstand, erneuerbare Energieversorgung und Innovationsmacht.

Patrick Renz

Stellen wir uns 2020 ohne COVID-19 vor, dann hätte unsere Aufmerksamkeit primär dem Klimawandel gegolten. Mit jedem Schritt, mit dem wir dem Ende der Pandemie näherkommen, rückt das Thema wieder vermehrt ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit. Dabei kommt man um einen globalen Akteur nicht herum: China. Als das Amerika Donald Trumps zumindest medial von der Klimabühne verschwand, sahen viele China als die neue Führungsmacht im Kampf gegen den Klimawandel. Für andere blieb das Land ein rücksichtsloser Verschmutzer, der es mit seinen Anstrengungen nicht ernst meint. So einfach ist es nicht. Klimawandel und China sind auf vielen Ebenen eng miteinander verknüpft. Die Beziehung ist jedoch komplizierter, als man auf den ersten Blick vermutet.

Nach den Klimaverhandlungen von Paris 2015 war für die Verhandelnden klar, dass ohne Führung der USA kein solch ambitioniertes Abkommen zustande gekommen wäre. Viele andere Länder leisteten einen wichtigen Beitrag (z.B. aus Europa oder eben China), doch die USA brachten das Abkommen über die Ziellinie. Mit seiner eigenen sehr durchzogenen Klima-Massnahmen-Bilanz basierte die damalige amerikanische Führung keineswegs auf einer historischen Vorbildrolle, sondern darauf, für höhere Ambition im Kampf gegen den Klimawandel andere Länder zu mobilisieren und gelegentlich

Oben: Shanghai *Unten:* Chongqing

Oben: Beijing *Unten:* Mapingguan, Yunnan

auch politisch zu «motivieren». Mit Donald Trump wurde diese diplomatische Maschinerie 2017 vorerst auf Eis gelegt und auch die wichtige positive Klima-Kooperation mit China gestoppt. In vielen Hauptstädten, vor allem Europas, schaute man nun nach Osten für die neue Klima-Führung.

Von aussen erschien dies als logischer nächster Schritt. China war daran, mit wachsendem Selbstvertrauen das grösste diplomatische Netzwerk der Welt aufzubauen, und die globale Klimaagenda hatte international grosse Strahlkraft. Die Erwähnung des Klimawandels in Reden von Xi Jinping wie am World Economic Forum 2017 wurde grosszügig als Zeichen gedeutet, dass China diese Rolle einnehmen wolle. Gemeinsam für mehr Ambition unter dem Pariser Klimaübereinkommen – so die Hoffnung.

Die Fakten

2019 waren die Treibhausgasemissionen Chinas zum ersten Mal grösser als diejenigen aller OECD-Mitgliedsländer zusammen. Auch bezüglich Pro-Kopf-Emissionen hat China fast zum OECD-Durchschnitt aufgeschlossen und Länder wie die Schweiz deutlich hinter sich gelassen. Seit 2011 konsumiert China mehr Kohle als der Rest der Welt zusammen. Die meisten neuen Kohlekraftwerke werden weiterhin in China gebaut und auch bei Finanzierung und Bau von Kohlekraftwerken im Ausland ist China führend. Historisch betrachtet bleibt der Emissionsweltmeister weiterhin die USA.

Gleichzeitig ist China aber auch absoluter Spitzenreiter bei der technologischen Weiterentwicklung und digitalen Integration von erneuerbaren Energieformen, mit Abstand führend bei der Installation und Produktion von Solar- sowie Windkraftanlagen, der weltweit grösste Markt für Elektromobilität und ein wichtiger Financier und Konstrukteur von Wasserkraftanlagen im Ausland. Ganz allgemein stehen Forschung und Entwicklung in diesem Sektor im Zentrum.

Genau wie die USA hat China keineswegs eine historische Vorbildrolle bezüglich Klima-Massnahmen. Sein bisheriges Entwicklungsmodell dient kaum als Orientierungshilfe. Eigene angekündigte Klima-Massnahmen bleiben ungenügend. Obwohl bei der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen noch als Saboteur bezeichnet, wurde China 2015 in Paris schon als Schlüsselfigur gefeiert. Dabei waren die beiden Konferenzen aus chinesischer Perspektive gar nicht so unterschiedlich. In beiden Fällen wurden die vordefinierten Verhandlungsziele Chinas erreicht. China gilt zudem als glaubwürdiger, relativ konstruktiver Verhandlungspartner mit ähnlichem Mobilisierungs- und Beeinflussungspotenzial wie die USA.

All dies verdeutlicht: China hatte schon lange eine Führungsrolle in den Klimaverhandlungen. Erwartete man von China aber Führung im Sinne einer erhöhten Ambition bei der Erreichung der Ziele des Pariser Klimaübereinkommens, also den Geist von 2015, so wurde man enttäuscht. Wenn die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreicht werden sollen, nützen nur Taten statt Worte. Um die chinesische Klimapolitik und deren zugrundeliegende (mitunter mangelnde) Taten hinter den Kulissen besser zu verstehen, muss man sich von einer Schwarz-weiss-Betrachtung lösen. China und der Klimawandel sind unzertrennlich, jedoch in einer komplizierten Beziehung zueinander. Beim Versuch, die Grauschattierung der Beziehung herauszuarbeiten, lohnt sich ein genauerer – wenn auch sehr vereinfachter – Blick auf folgende vier Bereiche:

1. Ideologien: Liberale Umweltpolitik versus ökologische Zivilisation
2. Grüner Wohlstand: Blauer Himmel und Klimawandel
3. Erneuerbare Energieversorgungssicherheit: Emissionsarme nationale Produktion
4. Erneuerbare Innovationsmacht: Umbau des chinesischen Wirtschaftsmodells

Shanghai

Shanghai

Ideologien: Liberale Umweltpolitik versus ökologische Zivilisation

Die Kommunistische Partei (KP) ist sich der Bedrohung durch den Klimawandel genauso bewusst wie die Vertreterinnen und Vertreter im Brüsseler EU-Viertel oder die Regierungen in Bern und nun auch wieder in Washington D.C. Klimapolitik in China ist aber nicht primär getrieben von Bottom-up-Initiativen und Klimademos der Jugend, ebenso wenig Auswuchs partizipativer Demokratie oder Resultat eines liberalen Umweltschutzes.

In China sind die getroffenen Massnahmen und das Ambitionsniveau der Umwelt- oder eben Klimapolitik eingebettet in die Erreichung der mittel- und längerfristigen Ziele der massgeblich von Präsident Xi getriebenen Vision der KP. An deren Ende steht die Erreichung des Status einer voll entwickelten Nation bis 2049 (100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik).

Seit 2007 taucht in diesem Zusammenhang der Begriff ökologische Zivilisation auf, der 2018 seinen Weg in die chinesische Verfassung fand und im 14. Fünfjahresplan für die Jahre 2021–2025 wiederum hervorgehoben wird. Der Begriff steht für einen Weg von einem rein auf Wachstum fokussierten Entwicklungsmodell hin zu nachhaltiger Entwicklung mit chinesischen Charakteristika. Diese decken ökologische, wirtschaftliche und soziale Dimensionen ab und beziehen sich auf philosophische und zivilisatorische Traditionen Chinas sowie die politischen Leitlinien der KP. Kurz, eine Utopie konstruiert unter der Führung der KP, in der Marktwirtschaft und Konsum weiterwachsen und Technologie und Wissenschaft die grundlegenden Probleme der Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung lösen.

Sowohl das Pariser Klimaabkommen als auch die vorgenannte Vision der KP für China peilen – rein zufällig – beide zeitlich die Mitte des 21. Jahrhunderts an. Die Bestrebungen Richtung ökologischer Zivilisation könnten sehr wohl den Weg zur Erreichung globaler Klimaziele ebnen. Die Kehrseite der rhetorischen Verknüpfung zwischen dem nationalen Weg

und der internationalen Klimapolitik ist jedoch eine noch stärkere Vermischung der Klimaziele mit nach innen gerichteten politischen Prioritäten oder geopolitischen Einflüssen. Präsident Xi hat nie einen Hehl aus der Priorisierung gemacht, und entsprechend lohnt es sich, bei Reden genau hinzuhören und die Klima-Ambitionsrhetorik entsprechend einzuordnen.

Grüner Wohlstand: Blauer Himmel und Klimawandel

Auch im zentralistischen Einparteienstaat China wird die Klima- und Umweltpolitik von der Bevölkerung beeinflusst. Die Bedenken der wachsenden chinesischen Mittelschicht, die sich weniger auf den wirtschaftlichen Aufstieg und immer mehr auf die Qualität ihres Wohlstandes konzentriert, ist ein wichtiger Faktor. Lokale Proteste gegen neue Kohlekraftwerke oder die Empörung in sozialen Medien über die gesundheitsschädliche Luft- und Wasserqualität wurden relativ lange geduldet, bis die wachsende Unzufriedenheit eine Bedrohung für die Partei wurde und man handelte. Dies erklärt den anfänglich starken Fokus der chinesischen Klimapolitik auf Luftverschmutzung und die enge Verknüpfung zwischen Klima und Umwelt. Ein blauer Himmel oder saubere Flüsse sind Messwerte, welche die Bevölkerung selbständig einschätzen kann, insbesondere in Anbetracht von Skepsis gegenüber offiziellen Statistiken.

Seit der Jahrtausendwende hat die KP daher u. a. Massnahmen gegen den sauren Regen (seit Mitte der 2000er-Jahre), den bis dato strengsten Aktionsplan gegen Luftverschmutzung (2013), die individuellen Ziele Chinas im Rahmen des Pariser Klimaübereinkommens (2015), den 3-Jahres-Aktionsplan für einen blauen Himmel (2018) und klimarelevante Strategien und Politiken in den Fünfjahresplänen verabschiedet. Diese Massnahmen zeigen Wirkung. Mit neuen Slogans wurde der Bevölkerung signalisiert, dass ihre Wünsche erhört werden und der Weg in die Zukunft ein grünerer sein wird.

Entsprechend der Rhetorik der ökologischen Zivilisation ist das Klima ein Element von vielen in der nachhaltigen Ent-

wicklung, jedoch nicht auf Basis von nationaler Eigenverantwortung wie im Pariser Klimaübereinkommen. Eine notwendige Änderung der individuellen Lebensweise, um dem Klimawandel zu entgegnen, steht nicht im Mittelpunkt. Dies wäre einer so sehr auf Konsum und Wachstum fokussierten Gesellschaft, in der Millionen immer noch auf den von der KP versprochenen Aufstieg in den Wohlstand warten, schwer zu vermitteln.

Erneuerbare Energieversorgungssicherheit: Emissionsarme nationale Produktion

China ist in den letzten dreissig Jahren zum weltweit grössten Energiekonsumenten und Importeur von Kohle, Erdöl und Erdgas geworden, um den Energiebedarf für seinen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung zu befriedigen. Dies führt zu finanziellen und logistischen Herausforderungen aufgrund der hauptsächlich maritim-basierten Importabhängigkeit von internationalen Energiemärkten. Energieversorgung spielt auch im Kampf gegen die Luftverschmutzung und damit den Klimawandel eine zentrale Rolle. Der angeordnete Wechsel von Kohle- auf Gaskraftwerke für Heizungen führte zu Gas-Versorgungsengpässen und ungeheizten Wohnungen im bitterkalten nordchinesischen Winter.

Versorgungssicherheit beinhaltet auch klassische sicherheitspolitische Überlegungen, denn Importieren bedeutet Abhängigkeit. Eine auf nationalen Sicherheitsüberlegungen basierende Energieversorgungsstrategie bedingt, dass man Importrouten diversifiziert, diese militärisch schützt und falls notwendig die Produktion zu Hause hochfährt. In sicherheitspolitischen Kreisen Pekings war dies auch lange die vorherrschende Meinung. Chinas Bedarf an fossilen Brennstoffen hat aber inzwischen Ausmasse erreicht, in denen mehr Diversifizierung kaum hilft, genügender militärischer Schutz in einem Extrem-Szenario wenig realistisch ist und die Produktion zu Hause selbst mit neuen Fördermethoden für Schiefergas nicht ausreicht. Auch die erhöhten Investitionen in fossile Infrastruktur im Ausland oder zu Hause in Kern-

Oben: Shanghai *Unten:* Shanghai

kraft helfen zwar, bringen alleine aber keine entscheidende Wende.

Die Erhöhung der Kapazität erneuerbarer Energieformen wie Wind und Sonne, deren technologische Weiterentwicklung und die Schaffung einer besseren Energiesektor-Gouvernanz sind sowohl Antwort auf das Problem der Versorgungssicherheit mit fossilen Brennstoffen als auch Mittel im Kampf gegen die Luftverschmutzung. Das noch vor 10 Jahren völlig absurd wirkende KP-Mantra der chinesischen Energieversorgungsunabhängigkeit passt perfekt zur propagierten Vision einer ökologischen Zivilisation und zum neuen Fokus auf die Binnenwirtschaft.

Erneuerbare Innovationsmacht: Umbau des chinesischen Wirtschaftsmodells

Der Fokus auf erneuerbare Energieformen und deren technologische Weiterentwicklung ist zudem Sinnbild für den laufenden Umbau der chinesischen Wirtschaft. Vom Exporteur billiger Produkte hat China innerhalb kürzester Zeit in einzelnen Technologien den Wandel zur Innovationsnation und teilweise sogar zum Technologieführer geschafft. Solar- und Windenergie sind hier Paradebeispiele eines erfolgreichen und staatlich grosszügig unterstützten Vorgehens. Elektromobilität, Batteriespeicher und Wasserstoff sind die nächsten Bereiche, in denen man dieses Ziel anstrebt und holistisch verfolgt.

China hat das Potenzial, welches das milliardenschwere Geschäft in kohlenstoffarmen Gütern und Dienstleistungen bietet, früh erkannt. Und China hat sich die letzten Jahre ideal aufgestellt, um diesen Markt zu dominieren. Eine innovative kohlenstoffarme Industrie 4.0 bietet zudem die Chance, Umweltverschmutzung zu verringern und ineffiziente verschmutzende Industriezweige loszuwerden. Die wachsende Advokatie der grünen Industrien ist hier ein positiver Faktor, der die Umstellung beschleunigen kann. Entsprechend der Komplexität der Modernisierungsziele der KP sowie den unterschiedlichen Entwicklungsstufen von Provinzen und Regi-

onen innerhalb Chinas wird nicht einzig der Ausstieg aus den ungewünschten Industriezweigen verfolgt, sondern baut man auch weiterhin Kohlekraftwerke. Dies ist kein Zeichen einer Planänderung oder alleiniger Ausdruck von Gouvernanz-Problemen, sondern ein Resultat von Vorsicht in der wirtschaftlichen Transformation. Überlegungen wie Energiesicherheit und Wahrung des Wohlstands sowie ganz grundsätzlich der Sicherung des Lebensunterhalts einer breiten Bevölkerungsschicht spielen dabei eine Rolle.

Sollte sich in Zukunft abzeichnen, dass auch mit mehr Ambition in der Emissionsreduktion die von der KP gewünschte wirtschaftliche Transformation ohne zu grossen Druck auf die Gesellschaft und deren Wohlbefinden erreicht werden kann, so wird man diese entsprechend dynamisch erhöhen. Es ist deshalb durchaus möglich, dass China sein kürzlich international angekündigtes, jedoch als unambitioniert empfundenes Ziel, bis 2030 den Emissionshöhepunkt zu erreichen, noch verschärft. Selbst die letztes Jahr von Präsident Xi angekündigte Klimaschutzverpflichtung der Kohlestoffneutralität bis 2060 basiert nicht auf dem ambitioniertesten technischen Szenario, welches in China erstellt wurde.

Zu der Identifikation der Chancen, einer realistischen Einschätzung der Risiken und dem Verständnis für existierende Diskrepanzen lohnt es sich, das nach aussen porträtierte Bild des Klima-Akteurs China mit den innenpolitischen Tatsachen abzugleichen. Erst so zeigt sich die wahre Komplexität der Beziehung zwischen China und der Klimapolitik.

Unternehmerische Grenzen und Freiräume

Xu'aodi, Zhejiang

Politikwende trifft Chinas Technologie-unternehmen

Wohin steuert Chinas Fintech-Industrie mit neuem regulatorischem Gegenwind? Innovative Technologieunternehmen dominieren bis jetzt den Markt. Es stellt sich die Frage, wie ihre Zukunft aussieht. Eine Situationsanalyse.

Luisa Kinzius

Chinas Fintech-Industrie boomt. 74 % der chinesischen Konsumenten zahlen täglich per Smartphone, mehr als 40 % (605 Millionen) der chinesischen Bürgerinnen und Bürger gingen 2020 nicht zur klassischen Hausbank, sondern nutzten Onlinedienste, um ihr Geld anzulegen. Und auch der InsurTech-Markt wächst seit 2015 mit Wachstumsraten um die 15 %. Den Markt dominieren innovative Technologieunternehmen – traditionelle Finanzdienstleister wie Banken spielen bisher nicht vorne mit –, allen voran der Finanzarm von Alibaba, Ant Group, der längst nicht nur den mobilen Bezahldienst AliPay betreibt, sondern die Hälfte seiner Einnahmen mittlerweile aus anderen Finanzdienstleistungen wie Mikrokrediten, dem Geldmarktfonds Yu'e Bao oder Onlineversicherungen generiert. Weitere grosse Akteure sind Lufax, ein Tochterunternehmen von Pingan Insurance und spezialisiert auf den Bereich Wealth Management und Privatkredite, oder ZhongAn Finance im Bereich Onlineversicherungen.

Chinas Fintech-Unternehmen fokussieren sich bisher stark auf den heimischen Markt und internationale Expansionspläne richten sich erst mal eher nach Südostasien als nach Europa. Lediglich im Bereich der mobilen Bezahldienstleistungen gibt es Ausnahmen. So erwarb Ant Group beispielsweise Minderheitsanteile an dem europäischen Bezahldienstleister Klarna. Und vor allem in Luxusgeschäften und im Einzelhandel an internationalen Flughäfen ist Zahlen per WeChat Pay oder AliPay auch in Europa möglich. Hier folgen

die Unternehmen chinesischen Touristen und Expats, die auch im Ausland nicht auf ihre bequemen Bezahlmethoden verzichten wollen.

Das rasante Wachstum der Fintech-Industrie haben mehrere Faktoren ermöglicht: Chinas zuvor relativ unterentwickeltes Finanzsystem, eine grosse Neugierde und Bereitschaft der chinesischen Konsumenten, neue Technologien zu nutzen, die Verfügbarkeit von Daten und schliesslich vor allem ein verhältnismässig unregulierter Markt – Letzteres ändert sich nun.

Während der 2019 von der chinesischen Zentralbank veröffentlichte Fintech-Entwicklungsplan noch von «Fintech als neuem Motor für hochwertige Finanzentwicklung» und «neuer Waffe zum Verhindern von Finanzrisiken» sprach, rücken mittlerweile die systemischen Finanzrisiken der Branche selbst in den Fokus. So warnte Pan Gongsheng, Vize-Gouverneur der chinesischen Zentralbank, im Januar 2021 davor, dass «der grenzüberschreitende, branchenübergreifende und überregionale Charakter des [Fintech] Sektors dazu führt, dass sich finanzielle Risiken immer schneller und weiter mit grösserem Spillover-Effekt ausbreiten». Im März 2021 forderte Staatspräsident Xi Jinping mit ungewöhnlich scharfen Worten ein hartes Durchgreifen gegenüber internetbasierten Plattformunternehmen. Unter anderem forderte er, dass die Aufsichtsbehörden Monopole bekämpfen, fairen Wettbewerb fördern und die ungeordnete Expansion des Kapitals verhindern sollen und dass jegliche Finanzaktivitäten auch von der Finanzaufsicht abzudecken seien.

Verstärkter Wettbewerb im Bereich Mobile Payment

Das Duopol von AliPay und WeChat Pay ist der chinesischen Regierung zunehmend ein Dorn im Auge. Mit jeweils 55,6 % und 38,8 % dominieren sie den mobilen Zahlungsverkehr in China. Diese Macht wissen sie zu nutzen: Ant kündigte gerade an, die Gebühren für Einzelhändler zu erhöhen.

Die chinesische Regierung reagiert entsprechend: Ein Entwurf zur «Regulierung der Nicht-Banken-Zahlungsdienst-

Horqin, Innere Mongolei

Changbai, Jilin

leister» von Januar 2021 sieht vor, dass kein mobiler Zahlungsanbieter über ein Drittel oder zwei Zahlungsanbieter mehr als die Hälfte der Marktanteile erreichen dürfen – beides aber zutreffend auf WeChat Pay und AliPay.

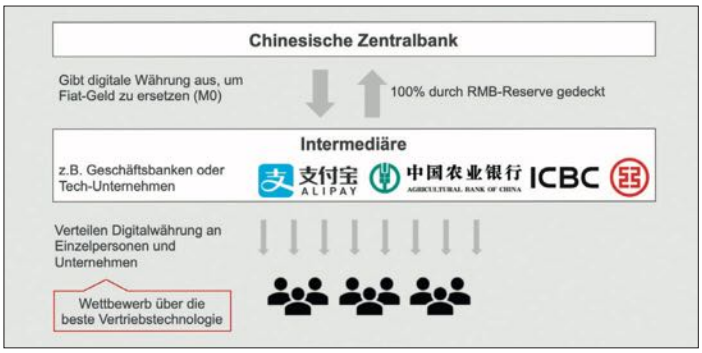
Auch die Einführung der Digitalwährung der chinesischen Zentralbank kann in diesem Kontext gesehen werden. Die Digitalwährung ist als Einzelhandelswährung konzipiert und wird als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt. Das heisst, dass jeder Einzelhändler Zahlungen mit der Digitalwährung akzeptieren muss. Dass die Zahlungen dabei auch ohne Internet funktionieren und keine Gebühren für das anschliessende Abrufen des Bargelds vom mobilen Zahlungsdienstleister anfallen, macht die Digitalwährung bei Einzelhändlern attraktiv. Durch das Zwei-Stufen-Modell, die Herausgabe der Digitalwährung durch die Zentralbank zuerst an Finanzintermediäre und dann an die Endnutzer, drängen weitere Anbieter elektronischer Geldbörsen als Konkurrenten für AliPay und WeChat Pay auf den Markt. Der Technologiekonzern Huawei steht beispielsweise schon in den Startlöchern und hat Ende März 2021 eine Zahlungslizenz erworben. Zudem schreiten die Pilotprojekte zur Digitalwährung zügig voran – die olympischen Winterspiele in Beijing im Februar 2022 könnten ein möglicher Startpunkt zur landesweiten Einführung sein.

Systemische Regulierung im gesamten Fintech-Bereich zur Risikovermeidung

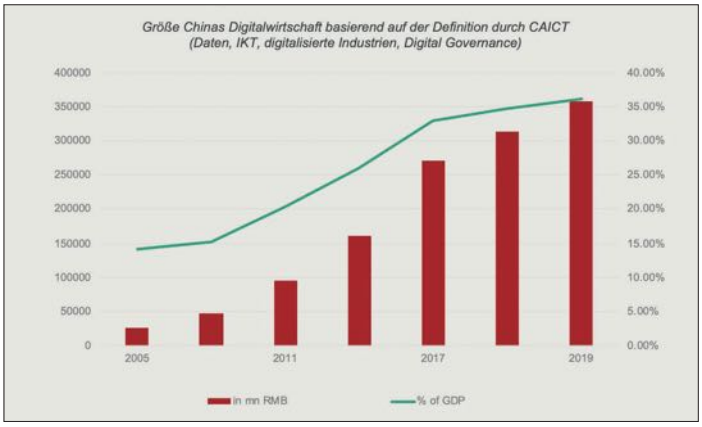
Die chinesische Regierung hat jedoch nicht nur die mobilen Bezahldienstleister im Blick, sondern treibt auch eine ganze Reihe an Massnahmen voran, die die gesamte Fintech-Branche betreffen. Hierbei geht es vor allem um das Eindämmen von systemischen Risiken und Verringern von regulatorischen Arbitragemöglichkeiten.

Aufgrund bisher fehlender Regulierung lagern beispielsweise die führenden Fintech-Plattformen bei der Online-Kreditvergabe ihre Risiken zu einem grossen Teil an die Banken aus. Während die Plattformen Konsumentenkredite in Milli-

Zwei-Stufen-Modell der chinesischen Digitalwährung



Chinas Digitalwirtschaft als Wachstumsmotor



Quelle: Sinolytics

ardenhöhe garantieren, taucht meistens nur ein einstelliger Prozentsatz davon in der eigenen Bilanz auf (bei Ant Group waren es 2 % bei einem Gesamtvolumen von 1,7 Billionen RMB), während der Rest von Banken oder Asset Backed Securities finanziert wird.

Die chinesische Regierung reagiert darauf mit der sogenannten «funktions- und verhaltensbasierten Aufsicht» 功能和行为监管. Nicht die Art des Unternehmens, also ob Finanz- oder Technologieunternehmen, ist in Zukunft ausschlaggebend dafür, welche Regulierungen greifen, sondern die tatsächliche Unternehmensaktivität. Als erste Massnahme müssen Fintech-Unternehmen, die gemeinsame Online-Kredite mit Geschäftsbanken vergeben, jetzt 30 % des Kreditbetrags einbringen.

Besonders disruptiv wird die geforderte Umstrukturierung von Fintech-Unternehmen in sogenannte Finanzholdinggesellschaften sein. Eine Umstrukturierung ist dann nötig, wenn ein Unternehmen in zwei oder mehr Finanzgeschäf-

Dangjia, Shaanxi

ten aktiv ist und das Gesamtvermögen einen bestimmten Schwellenwert erreicht. Als Finanzholding werden die Unternehmen dann ähnlich reguliert wie Banken mit deutlich höheren Kapitalanforderungen. Das bisher rasante Wachstum wird dadurch sichtlich abgebremst werden. Als Erstes betroffen von dieser Massnahme ist Ant Group, bei der es laut Medienberichten bereits eine gemeinsame Entscheidung über die genaue Ausgestaltung der Restrukturierung mit den Aufsichtsbehörden gibt. Ein Blick in die Strukturen von Chinas Fintech-Playern zeigt, dass es aber weit mehr Unternehmen treffen wird: Auch die Finanzplattformen von Tencent, Baidu, Jingdong, Suning und Xiaomi sind in unterschiedlichen Finanzaktivitäten wie zum Beispiel mobiles Zahlen, Konsumentenkredite, Unternehmenskredite, Wealth Management oder Versicherung tätig.

Strengere Regeln zur Handhabe von Daten betreffen Kern des Geschäftsmodells

Zusätzlich sehen sich die datenbasierten Geschäftsmodelle der Fintech-Unternehmen zunehmenden Einschränkungen gegenüber. Ein neuer Vorschlag zur Regulierung der Nutzung von Daten zur Kreditwürdigkeit schränkt die übermässige Sammlung von Daten ein und erhöht den persönlichen Datenschutz. Ein Forschungspapier der chinesischen Zentralbank fordert ausserdem, die Daten von digitalen Plattformen als öffentliches Gut zu definieren und entsprechend zu regulieren. Hinzu kommt ein Bericht über einen möglichen Plan der Chinesischen Zentralbank, ein Joint Venture gemeinsam mit den Internetunternehmen zu gründen, um gesammelte Daten in einer separaten Struktur zu zentralisieren und zu überwachen. Welche Art von Daten und welche Quellen hier genau dem Management des Joint Ventures möglicherweise übertragen werden sollen, ist noch unklar. Auch wenn diese Massnahmen noch nicht beschlossen sind, zeichnet sich ein Trend ab: Die Verfügbarkeit und freie Nutzung von Daten – bisher einer der entscheidenden Vorteile im chinesischen Fintech-Markt – wird sich verringern.

Gesellschaft-liche Grenzen und Freiräume

Chinas Gesellschaft zwischen persönlichen Freiräumen und staatlicher Kontrolle

Technik, Konsum, Gemeinwesen: Wie prägen sie die Freiräume und Einschränkungen innerhalb der Gesellschaft und den Wohlstand innerhalb der verschiedenen Bevölkerungsgruppen? Ein Überblick.

Kristin Shi-Kupfer

Folgende oder ähnliche Sätze skizzieren das Freiheitsgefühl von Chinesinnen und Chinesen im Jahr 2021: «Die Atmosphäre wird zunehmend wieder so angespannt wie in der Kulturrevolution», «Ich fühle mich kein bisschen überwacht oder unterdrückt, wie das bei euch in Medien oft beschrieben wird» und schliesslich «Chinas Gesellschaft ist so frei wie nie zuvor in der Geschichte der Volksrepublik» – letzterer Satz ist für viele Chinesinnen und Chinesen ein verinnerlichter Code, nicht direkt eine Meinung über die Gegenwart zu äussern bzw. äussern zu müssen.

Alle diese Sätze beschreiben einen Teil der Realität in der Volksrepublik. Mit Beginn der Reform- und Öffnungsperiode 1978 verringerte die Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh oder KPC) das Ausmass ihrer Kontrolle über das Gesellschafts- und Privatleben der Bevölkerung. Sie öffnete Kanäle für den internationalen Austausch von Waren und Ideen, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Lebensformen, Konsumgewohnheiten und Wertvorstellungen sind in den darauffolgenden drei Jahrzehnten pluralistischer geworden. Neue Technologien und soziale Medien ermöglichen neue Formen der Information, Kommunikation und der Meinungsbildung.

Einschränkung der Freiheiten

Doch seit dem Antritt von Partei- und Staatschef Xi Jin-

Ponan, Shaanxi

Hongkong

ping hat die KPC-Führung nicht wenige dieser Freiheiten wieder eingeschränkt. Zu gross war und ist die Sorge, dass die eigenen Kader – ähnlich wie in der ehemaligen Sowjetunion – innerlich und irgendwann auch äusserlich kündigen, wenn sie ihre Vermögen und Familien in Sicherheit wissen. Zu gross auch die Befürchtung, dass der Pluralismus an Meinungen und Deutungen in den sozialen Medien oder auch an den Universitäten den eigenen Bürgern doch zu viel «westliche Flausen» nach Mitbestimmung und Transparenz in den Kopf setzt. Deshalb setzt Parteichef Xi unter dem Primat der Sicherheit, den er teils erfolgreich als «Stabilität» an das eigene Volk kommuniziert, auf alte und neue Formen der Kontrolle. Dazu zählen rigide Zensurmassnahmen, ideologische Mobilisierung an Universitäten und Schulen sowie ein zunehmend allgegenwärtigeres digitales Überwachungssystem mit Hilfe von Kameras im öffentlichen Raum oder auch Auslesung von Handydaten – insbesondere im Zuge der Pandemie Covid-19 vorangetrieben.

Freiheit heisst für viele deshalb umso mehr, den Konsum in das Zentrum der Identitätsfindung und Selbstverwirklichung zu stellen: «Ich kaufe, also bin ich.» Am schnellsten wächst der Konsum in den Bereichen Gesundheit, Bildung und soziale Dienstleistungen, zum Beispiel für Haushaltshilfen. Am sogenannten chinesischen Black Friday, dem Singles' Day, am 11.11. machen Unternehmen wie Alibaba durch lukrative Rabatt-Angebote und spielerisch aufbereitete Werbung rund 75 Milliarden US-Dollar Umsatz. Der Konsum ist Ausdruck eines neuen Wohlstands für nicht wenige. In der Mitte der chinesischen Gesellschaft finden sich Menschen aus sehr unterschiedlichen Berufsgruppen: Manager von staatlichen Betrieben, Architekten, Rechtsanwälte oder auch IT-Unternehmer. Sie alle sind relativ gut gebildet, haben ein stabiles Einkommen und können etwas Geld auf die hohe Kante legen. Auf Basis solcher Kriterien gehören rund 400–600 Millionen Menschen zu dieser «Mittelschicht».

Das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land sowie den Küsten- und Binnenregionen ist jedoch weiterhin enorm.

Erstmals hat sich diese Schere 2016 wieder verschärft. Sowohl die Überalterung als auch der Männerüberschuss belasten die soziale Entwicklung. Lebenswelten weisen grosse Unterschiede auf: Kosmopolitische chinesische Start-up-Unternehmer fühlen sich ihren Pendants in den USA näher als chinesischen Angestellten eines Staatsunternehmens.

Die Frage der Armut

Partei- und Staatschef Xi Jinping hat sich zum Ziel gesetzt, manche dieser Ungleichheiten zu beseitigen. Wie geplant, konnte er Anfang 2021 verkünden, dass nun keine Menschen mehr in absoluter Armut leben – allerdings nur nach der absoluten Untergrenze von rund 1,90 US-Dollar pro Tag der Weltbank. Nach ihrer Definition für Länder mit mittleren Einkommen (rund 5 US-Dollar pro Tag), zu denen China gehört, leben noch immer rund 370 Millionen Chinesen unter der Armutsgrenze.

Konzentration auf Konsum und die Mehrung des eigenen Wohlstands soll aus Sicht der KP-Führung die Bevölkerung von Forderungen nach politischer Teilhabe abhalten. In den konkreten Lebenswelten der urbanen Mittelschicht sind diese beiden Bereiche jedoch miteinander verbunden: Die als Sicherheits- und Statusbesitz so wichtige Eigentumswohnung hat bei Wohnungsbesitzern zu wachsenden Ansprüchen gegenüber Immobilienentwicklern und der Hausverwaltung geführt. Ein so entstehendes politisches Engagement ist eng mit den eigenen materiellen Interessen verbunden.

Zudem greift die KPC im Namen der sozialen Stabilität und öffentlichen Moral zunehmend auch in kommerzielle Freiheiten ein. Die Liste der Themen, die chinesische Onlinemedien nicht aufgreifen dürfen, wird immer länger: Neben Themen wie Pornografie und Gewalt muss nun jeder audiovisuell im Internet verbreitete Inhalt mit «sozialistischen Kernwerten» in Einklang stehen. Tabu sind künftig wieder mehr Inhalte wie Homosexualität und «provokative Küsse» sowie Drogensucht oder die «Diffamierung von Nationalhelden». Durch die angekündigten Beschränkungen der sogenannten

Mazar, Xinjiang

Liping, Guizhou

Virtual Private Networks (VPNs) fällt vor allem für Privatpersonen zudem die Möglichkeit weg, anonym und unbeobachtet im Internet zu surfen. Die Begründung der Regierung, durch diese Massnahmen «soziale Sicherheit» zu wahren, z. B. Internetnutzer vor Betrügern oder Gerüchten zu schützen, stösst allerdings auch auf Zustimmung und Verständnis.

Dynamik von Gesellschaft und Regierung

Wie sich die chinesische Gesellschaft auch in ihrem Verhältnis zur chinesischen Regierung entwickelt, hängt von drei Dynamiken ab:

Die Faszination der Technik:
einfache Bequemlichkeit oder kritischer Umgang?

China ist eine digitale Pioniergesellschaft. Immer mehr Chinesen leben vor allem digital. Kaum ein Bereich, der nicht durchdrungen ist von Onlinediensten und entsprechenden Apps. Sie nutzen dabei vor allem die heimischen Ökosysteme, was einen gewissen Abkapselungseffekt von anderen Meinungen im eigenen Land und von der internationalen Internetnutzer-(Netizen)-Gemeinschaft befördern kann. Sie liefern so auch fleissig Daten vor allem an den chinesischen Staat. Werden sich substanzielle Teile der Bevölkerung darauf einlassen, oder werden soziale Gruppen von den Bemühungen Pekings abweichende Interesse verfolgen, wie zum Beispiel ein stärkerer Schutz von Privatdaten vis-à-vis dem Staat?

Die Dynamik des Konsumismus:
zerstörerischer Sog oder ausbalancierte Kraft?

Die von Deng Xiaoping in den 1980er-Jahren ausgegebene Leitlinie «Einige sollen zuerst reich werden» hat gewaltige Wohlstandsgewinne ermöglicht, aber zugleich eine rasante und extreme Kommerzialisierung der chinesischen Gesellschaft in Gang gesetzt. Konsumismus ist zu einer in der Gesellschaft vorherrschenden Werteorientierung geworden. Es bleibt abzuwarten, auf welche Weise spirituell-religiöse Werte,

neu entdeckte Traditionen und das karitative Engagement in der chinesischen Gesellschaft einen Lebenssinn und moralische Massstäbe jenseits des eigenen materiellen Wohlergehens stiften können. Zudem ist auch spannend zu beobachten, ab wann die zunehmenden Zensureingriffe der chinesischen Regierung in den Unterhaltungsbereich grössere Proteste von Prominenten und ihren Fans auslösen.

Die Konstitution der chinesischen Gesellschaft: reflektiertes Gemeinwesen oder irrationale Masse?

Wachsendes Bürgerengagement, öffentliche Debatten, virtuelle Kampagnen und gut überlegte Protestorganisationen zeigen das Bemühen vieler Chinesen, den Interessenspluralismus konstruktiv auszutragen. Neu sind seit 2016 Onlinekampagnen und auch Proteste für die Rechte von Frauen und LGBTQ. Dennoch kommt es auch immer wieder zu sehr irrationalen, hysterischen Verhaltensweisen wie gewalttätigen Attacken auf Ärzte, Massenkaufrausch zum durch E-Commerce-Anbieter beworbenen Singles' Day oder fremdenfeindlichen Attacken gegen Japaner, Koreaner oder auch US-Amerikaner. Wichtig bleibt zu beobachten, inwieweit insbesondere Chinas Jugend anfällig ist für eine von der chinesischen Regierung immer wieder latent geschürte antiwestliche Stimmung oder gar einen radikalen Nationalismus.

Dieser Text ist in Teilen erschienen in Kerwer, Jürgen; Röming, Angelika (2018). Die Volksrepublik China – Partner und Rivale (forum hlz). Hessische Landeszentrale für politische Bildung.

Oben: Dongxing, Guangxi
Unten: Shanghai

Die Automatisierung der Herrschaft

Chinas Sozialkreditsystem: Für alle Bürger, Firmen und Behörden Chinas soll es ein Punktesystem geben, das ihre Vertrauenswürdigkeit ausweist. Es ist ein sozialtechnologisches Experiment von grossem Ausmass.

Ein Artikel von FAZ.NET, 11. Mai 2018

Mark Siemons

Die Testläufe für das chinesische «Sozialkreditsystem» kommen gut voran. Ab 2020 sollen alle Bürger, Firmen und Behörden der Volksrepublik ein digital und zentral erfasstes Punktekonto haben, das ihre finanzielle, moralische, politische, mit einem Wort: gesellschaftliche Vertrauenswürdigkeit ausweist. Welche Bereiche des Lebens genau den Punktestand beeinflussen sollen, wird zurzeit noch erprobt; klar ist nur, dass alle rechtlich relevanten Informationen eine Rolle spielen werden, von Steuerhinterziehung über die Vernachlässigung der alten Eltern bis zum Überqueren der Kreuzung bei Rot. Durch gute Taten soll man seinen Punktestand verbessern können, sei es durch eine besondere berufliche Leistung oder ein als wertvoll, also «stabilitätsfördernd» eingestuftes soziales Engagement.

Experimentiert wird auch mit den im System vorgesehenen Belohnungen und Bestrafungen; in jedem Fall wird die Regel gelten: Je höher der Punktestand, desto grösser soll aufgrund entsprechend günstiger Kredite und Marktkonditionen die Bewegungsfreiheit sein. Umgekehrt wird der Radius sogar ganz physisch bei niedrigem Punktestand immer kleiner. Im April landeten 10 360 000 Bürger wegen mangelnder Zahlungsmoral oder weil sie Geldbussen nicht entrichtet hatten, auf einer von Gerichten veröffentlichten Schwarzen Liste von Leuten, die nicht mehr ohne weiteres Tickets für Flugreisen oder für Fahrten mit Hochgeschwindigkeitszügen kaufen dürfen. Erprobt werden des Weiteren Einschränkungen bei Immobilienkäufen, der Schulanmeldung und der Nutzung von Autobahnen (erst ab einer Punktzahl von 550).

Gestochen scharfe Porträts auf LED-Leinwänden

Der springende Punkt bei der 2014 begonnenen Testphase ist die Einbettung der Milliarden von Informationen, die eine fortgeschrittene künstliche Intelligenz zu erheben und auszuwerten in der Lage ist, in ein umfassendes sozialtechnologisches Konzept. Bisher hat die «Nationale Plattform für den Austausch von Kreditinformationen» laut eigenen Angaben 16,5 Milliarden personenbezogene Daten gesammelt, allein dieses Jahr schon 3,3 Milliarden. Das System wird umso vollständiger sein, je mehr Konsum, Finanzverkehr und Kommunikation ins Netz verlegt werden und je perfekter gleichzeitig die Möglichkeiten der digitalen Apparate werden, auch die noch analogen Reste des Lebens zu erfassen. Anfang April gelang es der Polizei, mit Hilfe der Gesichtserkennungssoftware des Start-ups Yitu Technology unter den fünfzigtausend Teilnehmern eines Popkonzerts in Südostchina einen flüchtigen Verdächtigen zu identifizieren und festzunehmen.

Die Verkehrspolizei der Metropole Shenzhen nutzt die Gesichtserkennungssoftware auch bei ihren Überwachungskameras an Strassenkreuzungen. Bislang wurden Regelverletzer dort dadurch blossgestellt, dass ihre gestochen scharfen Schnappschuss-Porträts zusammen mit ihrem Familiennamen und einem Teil ihrer Personalausweisnummer auf grossen LED-Leinwänden an den Kreuzungen gezeigt wurden; künftig liesse sich das eleganter lösen, indem jede regelwidrige Strassenüberquerung automatisch zu einem Kreditpunkteabzug führt. «Sense-Time», ein anderer chinesischer Entwickler von Gesichtserkennungssoftware, wird nach seinem Börsengang auf einen Wert von 4,5 Milliarden Dollar geschätzt und ist damit das wertvollste KI-Start-up der Welt.

Von der Regierung finanziertes Gehirnüberwachungsprojekt

Grosses Potenzial könnte auch die immer präziser funktionierende Technologie zum Gedankenlesen haben, die von vielen chinesischen Firmen bereits auf ihre Eignung zur Produktivitätssteigerung hin erprobt wird. Wie die «South China

Oben: Shanghai *Unten:* Kaiping, Guangdong
Rechts: Shanghai

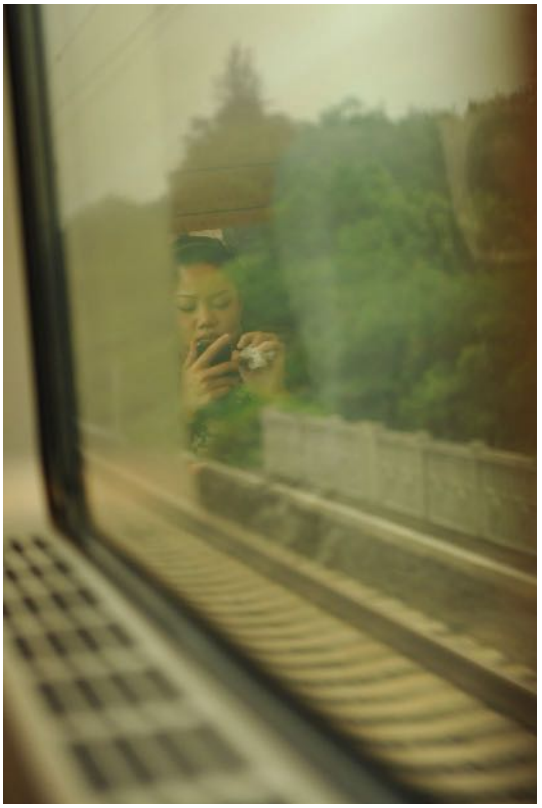
Morning Post» gerade berichtete, stattet «Neuro Cap», ein von der Regierung finanziertes Gehirnüberwachungsprojekt an der Universität von Ningbo, Fliessbandarbeiter in mehr als zwölf Fabriken mit kleinen Helmen aus, deren Sensoren effektivitätshemmende Zustände wie Depression, Angst oder Wut frühzeitig aufspüren und weitermelden können. «Das verursachte am Anfang etwas Unbehagen und Widerstand», wird eine Forscherin zitiert; aber allmählich hätten sich die Arbeiter an die Apparate gewöhnt.

In Krankenhäusern, wo es häufig zu gewaltsamen Ausbrüchen gegen medizinisches Personal kommt, wird die Technik auch zur Früherkennung von Hochrisikopatienten eingesetzt. Öffentlich ist noch nicht davon die Rede, doch es wäre nicht überraschend, wenn die Sicherheit, die Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität, auch als Argument dafür herhalten würde, entsprechende Informationen noch systematischer zu erheben und auszuwerten.

Die Nationale Entwicklungs- und Reform-Kommission gab zwölf Demonstrationsstädte bekannt, die Erfahrungen bei der Institutionalisierung des gigantischen Projekts sammeln sollen; darunter sind die Metropolen Hangzhou, Nanjing, Xiamen, Chengdu und Wenzhou. Die Stadt Schanghai versucht ihre Einwohner mit einer App namens «Honest Shanghai» an die neue Ordnung zu gewöhnen, mit der man freiwillig innerhalb von 24 Stunden in Erfahrung bringen kann, wie hoch die eigene Vertrauenswürdigkeit ist; knapp dreitausend Kriterien, von fast hundert Regierungsstellen zusammengetragen, fliessen in diese Bewertung ein.

Noch weiter geht das kommerzielle Punktesystem «Zhima Credit», das der Internetkonzern Alibaba betreibt. Es kann auf das gesamte Konsum- und Kommunikationsverhalten der dreihundert Millionen Kunden des Internetkaufhauses zurückgreifen; bewertet werden nach einem unbekannten Algorithmus das Zahlungsverhalten, das Persönlichkeitsprofil, wie es sich in Kaufpräferenzen zu erkennen gibt (viele Computerspiele? Leichtsinnig! Babykleidung? Verantwortlich!), und sogar die sozialen Kontakte: Wer sich mit Leuten

Shanghai



Zhanjiang, Guangdong

mit einem niedrigen Punktestand abgibt, senkt automatisch auch die eigene Kreditwürdigkeit; Freundschaften mit Hochpunkt-Menschen dagegen erhöhen das Vertrauen, das einem selbst entgegengebracht wird.

Bisher verhilft ein hoher Punktestand nur zu günstigeren Kauf- und Leasing-Konditionen innerhalb des Konsumuniversums von Alibaba selbst. Der Konzern bestreitet, Daten an den Staat weiterzugeben oder die Inhalte auszuwerten, die Nutzer in sozialen Netzwerken verbreiten. Technisch wäre aber natürlich beides kein Problem, wenn die Regierung sich einmal dazu entschliessen sollte, das kommerzielle Scoring künftig in ihr eigenes System einzubinden.

Von aussen wirkt das Sozialkreditsystem wie die Wirklichkeit gewordene Dystopie einer autoritären Macht, die ihre Übergriffe auf das Leben der Einzelnen auf unheimliche Weise perfektioniert. Das Verblüffende ist, dass in China selbst, bei den Objekten des vermessenen Anspruchs, das Projekt bisher kaum Aufregung verursacht hat. Man kann das der gleichfalls immer weiter verfeinerten Zensur zuschreiben, doch das reicht als Erklärung kaum aus: Bei Themen, die die Leute tatsächlich in Wut oder Angst versetzen, fanden sich bisher wenigstens anfangs, bevor der Zensurapparat richtig in Gang kommt, immer Spuren des Unmuts im Netz. Nichts davon jedoch in diesem Fall, und auch im Alltag, wo die Leute sonst ein sehr feines Gespür für Ungerechtigkeiten und Gefährdungen ihres privaten Lebens haben, scheint das gigantische Vorhaben kaum eine Sorge wert zu sein. Wie ist das möglich?

Neue Gestalt des Autoritarismus

Der Schlüssel könnte darin liegen, dass das Punktesystem in eine umfassendere Strategie eingebettet ist, die die Herrschaft der Kommunistischen Partei nicht mehr als Eingriff von aussen erscheinen lässt, sondern als quasi-automatische Selbstorganisation der verschiedenen gesellschaftlichen Subsysteme. Das könnte dem Autoritarismus mittelfristig eine neue Gestalt geben und damit für die liberalen Rechtsstaaten

des Westens zu einer noch ungeahnten Herausforderung werden. Internet und künstliche Intelligenz verschaffen dieser Strategie so weitgehende Möglichkeiten zu ihrer Realisierung wie nie zuvor; doch ihre Muster gehen auf Programme aus den Frühzeiten der Partei und auf noch viel ältere Vorstellungen zurück.

Unmittelbar zielt das Sozialkreditsystem auf eine Selbstorganisation der Wirtschaft. Es ist eine Antriebskraft des Kapitalismus – der Kredit –, die als Kriterium für die Ordnung der Gesellschaft als ganzer fungieren soll. Der Mangel an jenem Vertrauen, das am Markt für die Kreditvergabe notwendig ist, wird in China weithin als gesellschaftlicher Missstand empfunden. Das Punktesystem soll eine Serviceleistung bei der Einschätzung von Geschäftspartnern – auch von Unternehmen und sogar Ämtern – erbringen. So lässt die Kommunistische Partei die Gesellschaft und jeden Einzelnen durch den Markt überwachen. Schon beim Dritten Plenum von 2013, mit dem Xi Jinping seine Regierungszeit programmatisch einleitete, hiess es: «Wir werden das Markt-Ausstiegs-System verbessern, in dem das Gute das Böse eliminiert.»

So will die Partei mindestens zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Kontrolle über die vielgestaltige Gesellschaft wird engmaschiger als je zuvor, doch gleichzeitig soll die wirtschaftliche Dynamik dadurch nicht abgewürgt, sondern sogar noch beschleunigt werden. Dieses Ausspielen einer Binnenlogik des Marktes kann das chinesische System in eine beunruhigende Nähe zum Westen bringen, wo Rechte des Einzelnen durch die Big-Data-Ökonomie gleichfalls zusehends relativiert zu werden scheinen und Mark Zuckerberg schon vor Jahren erklärte: «Privatheit ist nicht länger eine soziale Norm.»

Zugleich ist das Sozialkreditsystem das Kernstück von etwas, das in den politischen Programmen der Partei als Gesellschaftsmanagement oder «Social Governance» eine immer prominentere Rolle spielt. Die Partei will langfristig weniger durch direkte Intervention regieren als vielmehr durch eine Selbstkontrolle der Gesellschaft, die auf diese Weise von sich

Shanghai

Shanghai

aus so handelt, wie es im Interesse der Ordnung als ganzer ist. Diese Automatisierung der Herrschaft nennt die Politikwissenschaftlerin Samantha Hoffman in einem Papier des Forschungszentrums Merics das «Autonome Nervensystem» Chinas. Maos Prinzip der «Massenlinie» («Aus den Massen schöpfen und in die Massen hineintragen») gehe da zusammen mit kybernetischen Modellen komplexer Systeme. Das Sozialkreditsystem sorge in diesem Zusammenhang dafür, dass das Verhalten von jedem Einzelnen quasi-automatisch mit der Funktionstüchtigkeit des Ganzen in Beziehung gesetzt werde und sich von daher fortlaufend selbst reguliere.

Dabei spielt auch die verpflichtende Kraft der Moral in einem traditionellen Sinn eine Rolle. Das chinesische Wort für Kredit, «xinyong», ist ursprünglich ein alter konfuzianischer Begriff für «Vertrauenswürdigkeit». Es gehe darum, hiess es in der das Sozialkreditsystem einführenden Verfügung des Staatsrats, «das Konzept von Ehrlichkeit und Kultur» zu verwirklichen. Der Anspruch hat weniger harmlose Folgen, als es sich zunächst anhört. Schon 2006 hatte der Pekinger Philosoph Zhao Tingyang «Menschenrechte auf Kredit» als chinesische Alternative zum westlichen Universalismus dargestellt: Alle Menschen würden mit dem gleichen Kredit auf Rechte geboren, doch in den Genuss dieser Rechte dürften sie nur bei entsprechend sozialem Verhalten kommen. Die «Rechte» werden da nicht vom Einzelnen, sondern vom Ganzen der Gesellschaft her gedacht.

Und wer definiert das Ganze? Wenn Kapitalismus, Konfuzianismus und Leninismus, gelenkt von der unsichtbaren Hand der künstlichen Intelligenz, organisch ineinander aufgehen, gibt es am Ende keine Politik mehr, die für irgendetwas verantwortlich zu machen ist. Alle überwachen sich gegenseitig, und ansonsten muss sich jeder nur noch um seine Punkte kümmern.

«Die totale Kontrolle» von Mark Siemons, FAZ.NET vom 11.05.2018, © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.

Persönliche Grenzen und Freiräume

Taxkorgan, Xinjiang

Psychogramm China – Prägende Werte und Ideologie einer Weltmacht

Niemand wird bezweifeln können, dass sich die Welt derzeit im folgenreichsten Umbruch seit dem Ende des Kalten Kriegs befindet. Die Zäsur, die durch die Covid-19-Pandemie in 2020 und 2021 noch akzentuiert worden ist, markiert, zumindest in Asien, den Übergang von der Pax Americana zur Hegemonialmacht China.

Urs Schoettli

Die Redimensionierung des amerikanischen Einflusses in der Welt und insbesondere in Asien wurde zwar durch die sprunghafte Aussen- und Sicherheitspolitik von Präsident Donald Trump losgetreten, ist aber mit der Amtsübernahme der Administration Biden nicht zu ihrem Ende gekommen. Wir befinden uns mitten in einer Phase der welt- und geopolitischen Umbrüche.

Mit dem Jahrtausendwechsel brach das asiatische Jahrhundert an. Seither hat sich eine neue globale Hackordnung etabliert. An deren Spitze befinden sich die USA und die Volksrepublik China. Was Asien anbetrifft, so folgen auf einer zweiten Ebene die aufstrebende Grossmacht Indien und Japan. Europa und auch die eurasische Landmacht Russland spielen in Süd- und Ostasien keine Rolle mehr.

Der Platz an der Sonne

Ein Blick in die Weltgeschichte zeigt, dass es jedes Mal zu grossen Kriegen gekommen ist, wenn eine neue Weltmacht ihren «Platz an der Sonne» angestrebt hat. Man denke an Napoleon, an das Deutsche Reich, an das Dritte Reich und an das japanische Imperium. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Rekonfiguration der Weltordnung diesmal ohne massive Verwerfungen über die Bühne gehen wird.

Bis anhin hat Chinas Aufstieg noch keinen grossen Krieg ausgelöst, doch darf nicht übersehen werden, dass es in Asien eine Reihe von schlummernden Konfliktherden gibt, die leicht in ein akutes Stadium militärischer Konfrontationen aufbrechen können. Wir denken an die koreanische Halbinsel, an Inselstreitigkeiten zwischen China und Japan, an das Südchinesische Meer, an Taiwan und an die indisch-chinesischen Grenzstreitereien.

Nicht nur, um das Kriegspotenzial von Chinas Aufstieg richtig ermessen zu können, sondern auch, um eine gute Vorstellung davon zu gewinnen, was es für die Welt bedeutet, wenn ein Teil des dominanten Duopols die Weltmacht China ist, ist es unerlässlich, den historischen Kontext des heutigen Geschehens auszuleuchten.

Hegemonialmacht China

China ist in seiner Rolle als Weltmacht kein Neuling, kein Emporkömmling. Es war über den grössten Teil seiner Geschichte hinweg eine Hegemonialmacht. Nicht ohne Grund bezeichnet es sich als Reich der Mitte, wobei diese zentrale Stellung ausdrücklich nicht nur als Folge von wirtschaftlicher, militärischer und technologischer Macht gesehen wurde. Auch und vor allem sah und sieht sich China heute wieder als Zentrum der zivilisierten Welt.

Wenn wir also das «neue», machtvolle China betrachten, so sprechen wir stets von der neu-alten Weltmacht. Damit tragen wir auch zu der für Chinesen so wichtigen korrekten Sicht der neueren chinesischen Geschichte bei. Dass China im 19. und 20. Jahrhundert so schwer und häufig untendurch musste, dass es durch selbst- und fremdverschuldete Katastrophen noch und noch erniedrigt wurde, war nicht die Norm der chinesischen Geschichte, sondern eine Aberration.

Eine weitere Besonderheit ist die staatliche und kulturelle Kontinuität Chinas. Beim Aufstieg und Fall von Reichen bemerken wir die Finalität des Zerfalls. Das Römische Reich ist nach mehreren Jahrhunderten Dauer völlig von der Weltkarte verschwunden. Das gleiche Schicksal hat zahllose andere

Oben: Shanghai *Unten:* Tanghe, Chongqing

Imperien ereilt, von Österreich-Ungarn bis zum Ottomanischen Reich. Auch das britische Empire ist auf ein paar rosa Tupfer auf der Weltkarte zusammengeschrumpft. In allen Fällen hat es nie eine Wiedergeburt des Weltmachtstatus gegeben. Das Versinken in der Marginalität, ja das gänzliche Verschwinden war das endgültige Schicksal.

Demgegenüber hat aber die staatliche und kulturelle Identität Chinas über Jahrtausende hinweg ihren eigenständigen Charakter bewahrt. Das China, das sich heute der Welt stellt, hat ein ähnliches Selbstverständnis wie das China, das von Kaiser Qin Shi Huang, dem ersten Kaiser der Qin-Dynastie, im dritten vorchristlichen Jahrhundert geprägt worden ist. Auch in der Langlebigkeit des Konfuzianismus, dem urchinesischen Verständnis von Familie, Staat und Gemeinschaft, manifestiert sich diese ausserordentliche Langlebigkeit. Zu dieser sollte auch beitragen, dass sich das chinesische Reich seit Urzeiten in seiner ethnischen Identität durch die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung der Han-Gemeinschaft angehörend sieht.

Wollen wir richtig verstehen, wie sich China als führende Weltmacht in der Staatengemeinschaft positioniert, so ist die Kenntnis der chinesischen Geschichte unerlässlich. Aus dieser Kenntnis gewinnt man die Einsicht, dass das chinesische Staatswesen in seinem Kern nicht eine moderne auf dem Marxismus und kommunistischen Totalitarismus beruhende Macht ist, sondern die aktuelle Fortführung eines uralten Reichsgedankens bedeutet.

Während des Kalten Kriegs mit seiner ideologischen Polarisierung mag es Gewohnheit gewesen sein, China zum Lager der kommunistischen Staaten zu zählen. Heute fehlt auch im Falle Chinas eine glaubwürdige Einordnung unter diesen Auspizien.

Chinesischer Nationalismus

2012/13 erfolgte der vierte Generationenwechsel in der Geschichte der am 1. Oktober 1949 von Mao Zedong auf Beijings Platz des Himmlischen Friedens ausgerufenen Volksre-

publik. Der 1953 geborene Xi Jinping übernahm die Führung der Partei als Generalsekretär der KPC, er wurde von der Nationalen Volksversammlung zum Präsidenten der Volksrepublik China gewählt und er übernahm qua Parteichef das mächtige Amt des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission.

In der Folge akkumulierte der im nächsten Jahr zu seiner dritten Amtsperiode antretende Xi Jinping so viel Macht und so viele Chargen in Partei und Staat wie kein anderer Parteiführer seit Mao Zedong. Während der grosse chinesische Reformer Deng Xiaoping als Vater des seit den späten 1970er-Jahren Gestalt annehmenden neuen China auf Pragmatismus setzte, hat Xi Jinping in den letzten Jahren ganz eindeutig auf die Karte eines selbstbewussten chinesischen Nationalismus gesetzt.

Anders als Europa hat China das Konzept des Gottesgnadentums nicht gekannt. In seinem Staatsverständnis gibt es das sogenannte «Mandat des Himmels». Die Obrigkeit, der Kaiser haben vom Himmel den Auftrag erhalten, über das Volk, das Land zu regieren, und die Untertanen haben die Pflicht, gehorsam zu sein. Im Unterschied zum Gottesgnadentum kann allerdings das Mandat des Himmels verwirkt werden. Sofern die Obrigkeit nicht dafür sorgt, dass es den Menschen gut geht, dass die Grenzen sicher sind und dass das Land stark und wohlhabend ist, verwirkt sie ihr Mandat des Himmels und kann auch gewaltsam beseitigt werden.

Dies ist der Hintergrund der Tatsache, dass sich im Verlauf der langen Geschichte Chinas zahlreiche Dynastien abgelöst haben. Einzelne Dynastien dauerten über Jahrhunderte, andere zählten ihre Existenz in Jahrzehnten. Mit der Machtübernahme der Kommunisten hat die jüngste Dynastie, die Dynastie der KPC, begonnen. Im laufenden Jahr wird es hundert Jahre sein, dass die KPC gegründet worden ist. 2049 werden es einhundert Jahre sein, dass die Dynastie der KPC an der Macht ist. Bereits heute erwähnt Xi dieses memorable Datum als Zielvorgabe für den Aufstieg Chinas zur voll entwickelten, modernen Industriemacht.

China und der Rest der Welt

Welches ist nun das Mandat der heutigen Führung Chinas? Sie hat dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft auch weiterhin stark wächst und der Wohlstand der Nation sich mehrt. Sie hat aber auch dafür zu sorgen, dass die Volksrepublik China in der Welt geachtet wird. Im Umgang mit China ist es deshalb wichtig, dass die Welt die wichtige Rolle des Gebens und Wahrens von Gesicht in der chinesischen Kultur respektiert.

Xi Jinping mag der mächtigste chinesische Führer seit Mao Zedong sein. Auch er kann es sich aber unter keinen Umständen leisten, dass China in der internationalen Arena als schwach und verletzlich erscheint. Wie dies im Umgang mit der Welt zu Buche schlägt, wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in Asien und darüber hinaus über Krieg und Frieden bestimmen.

Shanghai

Tanghe, Chongqing

Historische Grundlagen der chinesischen kulturellen DNA

Um die «Chinesische Identität» besser zu verstehen, gilt es, auf die Geschichte zurückzuschauen. Taoismus, Buddhismus, Konfuzianismus sind Elemente, die den chinesischen Kollektivismus verständlicher machen. Ein Rückblick, der bis ins 3. Jahrtausend v. Chr. führt.

Josef Mondl

Die «Chinesische Identität»

Im Gegensatz zum «westlichen» Individualismus, geprägt durch Rationalität zur Überwindung jeder Struktur, die den Fortschritt hemmen könnte, sowie der Vernunft als universelle Urteilsinstanz, wird der «chinesische» Kollektivismus durch den «rechten Weg» aus dem Taoismus, dem «Verstand» aus dem Buddhismus, dem «Körper» (Handlungen gegenüber anderen) aus dem Konfuzianismus sowie den Fundamenten der Diplomatie, der Überredungskunst, der Täuschung, der List und der Strategien herausragender Persönlichkeiten wie Gui Gu-Zi (410–320 v. Chr., berühmter Stratege und Meister der Kriegskunst) definiert. Die entscheidende Formgebung und Normierung der Charakteristika der «Chinesenheit» fand im Zeitraum von Frühlings- und Herbstperiode (770–476 v. Chr.) sowie der Zeit der Streitenden Reiche (475–221 v. Chr.) des antiken China statt.

> Die grundlegende Bezeichnung für «Chinesen» in der chinesischen Sprache lautet «Hua-Ren», welche die historisch-kulturelle Identität als Nachfahren von «Hua-Xia» (alte Selbstbeschreibung des Reichs der Mitte) in die Zeit des Konfuzius (551–479 v. Chr.) legt, wo im «Buch der Urkunden» aus der frühen östlichen Zhou-Zeit (771–256 v. Chr.) zu lesen ist: «Unser erlauchtes und grosses Land [Hua-Xia] und die Stämme des Südens und des Nordens folgen mir gleichermassen und stimmen mir zu.»

Basierend auf dem Fundament des «Chinesentums» institutionalisierte die Kommunistische Partei Chinas bei der Gründung der Volksrepublik China 1949 (insbesondere im Zuge der von Deng Xiaoping 1978 initiierten «Politik der offenen Tür») den Begriff «Guo-Qing» als «Chinas besondere Beschaffenheit» oder «Chinas Charakteristika» und definierte dies als «Hintergrundgeräusch» zur Legitimation des eigenen Machtanspruchs, den Erhalt des «Mandats des Himmels».

Die Vor-Qin-Zeit – Ursprünge der chinesischen historischen und kulturellen DNA

Die traditionelle chinesische Geschichte umfasst im engeren Sinne die Periode der Xia (2070–1600 v. Chr.), Shang (1600–1046 v. Chr.), Westlichen Zhou (1046–771 v. Chr.), Frühlings- und Herbstperiode sowie die Zeit der Streitenden Reiche. Diese Zeit repräsentiert Ursprung und Gründungszeit der alten chinesischen Zivilisation.

Die Eroberung der Shang durch die Zhou im Jahr 1046 v. Chr. bedeutete einen Meilenstein und wurde zur Veranschaulichung des unbändigen Willens des Himmels, der sein «Mandat» von einem Staat auf einen anderen, mit tugendhaften Herrschern gesegneten Staat, übertrug.

Während der Frühlings- und Herbstperiode verfiel das Zhou-Königshaus zunehmend und verlor seinen Status als «Herrscher unter dem Himmel». In den 700er-Jahren v. Chr. begann das als «Feng-Jian» bezeichnete Feudalsystem zusammenzubrechen. Die Machtkämpfe, welche die vielen Kleinstaaten miteinander austrugen, brachten 250 Jahre Kriegswirren und Chaos ins Land, eine Periode bezeichnet als die Zeit der Streitenden Reiche.

> Die bedeutendste Entwicklung in dieser Zeit stellte der grosse Durchbruch im intellektuellen Bereich dar, wobei der in der Frühlings- und Herbstperiode vor allem durch Lǎo-Zi und Konfuzius eingeleitete Durchbruch schliesslich zur Bildung einer dauerhaften, kollektiven Identität – das «Chinesentum» – führen sollte.

Beijing

Lao-Zi (6. Jhdt. v. Chr.)

Mit «Dao» als Kern seiner Lehre verfolgte Lao-Zi in seinem diplomatischen Denken eine Ordnung, die durch «Wu-Wei» (sich nicht auf menschliche Eingriffe einlassen, sondern alles sich natürlich entwickeln lassen) und Natürlichkeit definiert ist. Zu Beginn von Lao-Zis klassischem Werk des Taoismus «Daode Jing» wird der Begriff des «Dao» erklärt: «Der Weg, der geschritten werden kann, ist nicht der dauerhafte und beständige Weg; der Name, der benannt werden kann, ist nicht der dauerhafte und beständige Name.»

> Das «Dao» des Taoismus beschreibt also Weg, Prinzip, Wahrheit, Moral, Vernunft bzw. Methode aller Lebewesen. Das «Dao» ist die ideale Existenzform im Universum, und die Beziehungen zwischen den Staaten sollten sich an das Prinzip des «Dao» halten.

Konfuzius (551–479 v. Chr.)

Als reisender Berater bot Konfuzius den Herrschern verschiedener Staaten des damaligen Zhou-Reiches seine Dienste an. Obwohl er bei der Umsetzung seiner Ideen weitgehend erfolglos war, wurden die durch ihn gelegten philosophischen Fundamente zu den Kerntexten der chinesischen Dynastien. Konfuzius stellte sich die Gesellschaft nicht als ein gleichberechtigtes System voller unterschiedlicher Individuen vor, sondern er sah sie als eine Reihe von Beziehungen zwischen Menschen mit definierten Rollen.

> Konfuzius legte ein Denkmuster und kulturelles Erbe fest, dem mehr Menschen über mehr Generationen hinweg folgten als irgendeinem anderen menschlichen Wesen auf der Erde. Egal welche Religion, egal welche Regierungsform, in Denkweise und Handeln bei Chinesen und den meisten anderen ostasiatischen Zivilisationen lassen sich in irgendeiner Weise konfuzianische Elemente finden. Trotz der Veränderungen, die wir heute

> im modernen China sehen, beeinflussen seine Lehren weiterhin indirekt die Art und Weise, wie Chinesen über die Welt denken und fühlen.

Gui Gu-Zi (410–320 v. Chr.)

Der «Meister aus dem Dämonental» lebte mitten in den Wirren der Streitenden Reiche, in denen riesige Armeen der verschiedenen Reiche von Befehlshabern angeführt wurden, die die vermeintliche ritterliche Etikette der Kriegsführung in früheren Zeiten aufgegeben hatten und rücksichtslos Feldzüge zur Vernichtung des Feindes führten. Der Zeitraum zwischen 770–221 v. Chr. war einer der am stärksten geteilten in der chinesischen Geschichte, mit etwa 395 Schlachten während der Frühlings- und Herbstperiode und 230 Schlachten in der Zeit der Streitenden Reiche.

> In dieser Zeit von Wirren und Chaos leistete Gui Gu-Zi Pionierarbeit mit der «Schule der Vertikalen und Horizontalen Allianzen», die besagt, dass im internationalen Wettbewerb die strategische Planung ein Schlüsselfaktor für den Erfolg oder Misserfolg einer Nation ist. Gui Gu-Zi gilt als Vater von Strategien, Verhandlungskunst, List, Täuschung und Diplomatie, die bis heute ein Kernelement des «Chinesentums» bilden.

Grundlagen der chinesischen historischen und kulturellen DNA

Was sind wesentliche Merkmale der chinesischen historischen und kulturellen DNA, die in den entscheidenden Zeiträumen von der Westlichen Zhou bis zur Reichseinigung durch die Qin-Dynastie durch die grossen Philosophen, Denker und Meister der Strategien geschaffen wurden und dadurch die Einzigartigkeit des «Chinesentums» geformt und über Jahrtausende verfeinert haben?

Oben: Shanghai *Unten:* Shanghai

Festigkeit und Stärke des Charakters (Gang-Jian)

Die Idee des «unablässigen Strebens nach Selbstverbesserung» hat viele chinesische Intellektuelle im Laufe der Geschichte inspiriert. Konfuzius betonte «Festigkeit und Stärke», während Lao-Zi «Sanftmut und Weichheit» schätzte, die beide bis heute weitreichende Einflüsse ausüben.

«Festigkeit und Stärke» sowie «Selbstverbesserung» des Konfuzianismus sowie die Lehre von «Ruhe und Nichthandeln» des Taoismus haben eine fundamentale Rolle dabei gespielt, die chinesische Identität im Laufe der Geschichte zu festigen.

Der Goldene Mittelweg (Zhong-Yong)

Konfuzius legte das Konzept der «Lehre von der Mitte» vor, welches bis heute einen starken Einfluss in der chinesischen Kultur ausübt.

> Der «goldene Mittelweg» ist der moralische Standard des Konfuzianismus – Menschen und Dinge neutral und friedlich zu behandeln, sich der Zeit anzupassen (Wege und Methoden entsprechend der aktuellen Situation zu verwenden), das eigene Handeln der Natur der Menschen und Dinge anpassen, den jeweiligen Gegebenheiten entsprechen – also im Einklang mit der menschlichen Natur handeln, aus der die theoretischen Wurzeln des Konfuzianismus stammen.

Ganzheitliche Kultur

In der ganzheitlichen traditionellen Kultur Chinas sind «Gruppe und Selbst», «öffentlich und privat», die Beziehung zwischen «Individuum und Staat» sowie zwischen «Individuum und Welt» ganzheitlich miteinander verbunden. Betonung der Interessen des Ganzen, Harmonie und Einheit des Kollektivs, Schwerpunkt auf moralische Verpflichtung des Einzelnen und Loyalität gegenüber dem Kollektiv waren im-

mer Werte, die von der traditionellen chinesischen Kultur betont wurden.

> «Chinesentum» bedeutet im traditionellen Kontext «gemeinsame kulturelle chinesische Identität»: alle Chinesen bringen ihr Denken, Handeln und Leben in der Gesellschaft in Einklang mit «Tian-Ming», den «vom Himmel sanktionierten Prinzipien». Von Individuum und Gesellschaft wird erwartet, dass sie sich in Sprache, sozialem Umgang und täglichem Leben «zivilisiert» verhalten.

Die Erwartung einer bescheidenen Höflichkeit des Einzelnen und der ganzen Gesellschaft stellt eine unabdingbare Notwendigkeit für ein friedliches Zusammenleben der Menschen angesichts der immensen Bevölkerung Chinas dar. Diese Grundannahme des «Chinesentums» durch den Konfuzianismus ist tief in der chinesischen Kultur verwurzelt.

Herausstechen durch Anpassen

Im Verlaufe der chinesischen Geschichte wurde die aus den Hauptelementen Taoismus, Konfuzianismus, Buddhismus bestehende DNA des «Chinesentums», angereichert mit dem Wissen an Strategien, Diplomatie, Täuschung und Überredungskunst, über Jahrtausende getestet, verfeinert, angepasst und gestärkt.

Dabei erwies es sich meist am besten, manchmal «nach Aussen Konfuzianismus und nach Innen die buddhistische Lehre (dem Folgen von Gesetzen und Ordnung des Kosmos)», bzw. manchmal «nach Aussen Festigkeit und Stärke und nach Innen Sanftmut und Weichheit» anzuwenden: dadurch wird eine enorm rasche Anpassung auf geänderte Umstände möglich, die Macht des Souveräns kann durch «Wu-Wei» auf das Notwendigste beschränkt werden. Nur dadurch konnte Chinas Reform- und Öffnungspolitik seit 1978 überhaupt in Angriff genommen und schliesslich erfolgreich umgesetzt werden.

Bezüglich Konfuzianismus und Daoismus hat der berühmte chinesische Literaturwissenschafter und Gelehrte Nan Huaijin (1918–2012) einmal folgende Analogie gezogen:

Der Konfuzianismus ist wie ein Getreidespeicher: er darf nicht angegriffen werden. Andernfalls, wenn der Konfuzianismus besiegt oder zerstört wird, werden die Menschen keine Nahrung zu essen haben - keine geistige Nahrung; der Buddhismus ist wie ein Kaufhaus in einer grossen Stadt: hier gibt es alle Arten von Dingen des täglichen Bedarfs, und man kann einkaufen gehen, wann immer man will – hat man Geld, kann man ein paar Dinge kaufen, hat man kein Geld, kann man einfach einen Rundgang machen, niemand wird daran gehindert dorthin zu gehen oder einzutreten, aber alles, was darin ist, ist notwendig für das Leben; der Taoismus ist wie eine Apotheke: wenn man nicht krank wird, braucht man sich ein Leben lang nicht darum zu kümmern – aber wenn man krank wird, muss man automatisch dorthin gehen.

Autorinnen und Autoren

Ralph Weber ist Professor am Europainstitut der Universität Basel. Seine Forschungsinteressen liegen bei der kulturübergreifenden Forschung, der chinesischen politischen Philosophie und Politik sowie beim modernen Konfuzianismus. Der China-Experte tritt regelmässig als Referent auf und publiziert in Fachmedien und Tagespresse. Ralph Weber ist unter anderem Präsident der Europäischen Gesellschaft für Chinesische Philosophie.

Matthias Messmer, M. A. in International Relations, Universität St. Gallen, und Ph. D. in Social Sciences, Universität Konstanz, ist Publizist und Autor u. a. von «China's Vanishing Worlds» (MIT Press, 2013) und «China an seinen Grenzen» (Reclam, 2019). Der Publizist und Fotograf verfasst regelmässig Beiträge über chinesische Themen. Er lebte fast zehn Jahre lang in China.

Saskia Hieber ist Dozentin für Internationale Politik an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und Lehrbeauftragte für Internationale Politik Asien an der Universität Regensburg. Zu ihren Arbeitsfeldern gehören u. a. Internationale Politik mit Schwerpunkt Asien-Pazifik und Politische Systeme, Aussen- und Verteidigungspolitik, Energiesicherheit, Krisen und Konflikte in China und Asien.

Patrick Renz vertritt die Schweiz im Board der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) als Director's Advisor. Zuvor war er der Schweizer Advisor für die Asiatische Infrastruktur-

investitionsbank (AIIB) und den Green Climate Fund sowie Climate Focal Point im Bereich Multilaterale Zusammenarbeit des SECO. Vor seiner Zeit im SECO hat er für mehrere internationale Finanzinstitutionen, Think Tanks sowie den öffentlichen Sektor in Asien, den USA und Europa gearbeitet. Seine Leidenschaft gilt der Geopolitik sowie der Energie- und Klimapolitik mit Schwerpunkt auf Südost- und Ostasien, insbesondere China.

Luisa Kinzius, Projektleiterin bei Sinolytics, ist eine Spezialistin für chinesische Marktregulierung. Sie analysiert die Auswirkungen von Big-Data-gestützter Marktregulierung auf Unternehmen und bereitet Unternehmen auf den Umgang mit Chinas Sozialkreditsystem vor. Ausserdem beobachtet sie die aktuellen Trends in Chinas Fintech-Branche und die zunehmende Finanzmarktregulierung Chinas. Luisa Kinzius hat einen M. Sc. in Economics und studierte ein Jahr Economics an der Nanjing University in China.

Kristin Shi-Kupfer ist Professorin für Sinologie an der Universität Trier und Senior Associate Fellow am Mercator Institute for China Studies MERICS. Sie ist Expertin für Chinas digitale Politik, Medienpolitik, Zivilgesellschaft und Menschenrechte.

Mark Siemons, 1959 in Mainz geboren, studierte Geschichte, Philosophie und Kunstgeschichte in Bonn und Köln. Seit 1987 ist er Redakteur im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Von 2005 bis 2014 berichtete er als Feuilletonkorrespondent

aus China. Seit 2015 schreibt er wieder aus Berlin. 2017 erschien u. a. sein Buch «Die chinesische Verunsicherung. Stichworte zu einem nervösen System». 2001 wurde ihm der Erik-Reger-Preis für herausragende Darstellungen der modernen Lebens- und Arbeitswelt zuerkannt.

Urs Schoettli ist ein ausgewiesener Asienkenner, freier Publizist und Autor. Nach seinem Studium der Philosophie an der Universität Basel war er unter anderem Südasienkorrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» NZZ in Delhi. Weitere Stationen für die NZZ waren Hongkong, Tokio und Peking. Von Urs Schoettli erschienen sind u. a. bei NZZ Libro «Aufbruch aus Europa» und «Der Asienschock».

Josef Mondl hat Sinologie, Volkswirtschaft und Business Administration studiert. Er war als Diplomat unter anderem 10 Jahre in Peking und 4 Jahre in Westafrika tätig. Er war massgeblich am Aufbau des China Competence Center der Universität St. Gallen beteiligt, hält als Experte für China-relevante Themen international Vorträge, Seminare und Workshops. Mit seinem Beratungsunternehmen ist er sowohl für schweizerische wie auch für Firmen, Ausbildungsinstitutionen und Regierungsstellen in China und anderen asiatischen Ländern tätig.

Das MoneyMuseum Zürich führt eine mehrjährige Vortrags- und Diskussionsreihe zum Thema «China: Eine Grossmacht im Wandel – Grenzen und Freiräume» durch. Diese Schrift mit neun Beiträgen dient als Einstieg zum Thema. Die Vorträge sind einmal pro Quartal geplant. Die Themen mögen von jenen in diesem Buch abweichen, handeln aber immer von Grenzen und Freiräumen. Am Herzen liegen uns Kultur und Philosophie Chinas, wobei aktuelle Themen zu Gesellschaft, Politik, Unternehmen und Geopolitik ebenso behandelt werden.

ISBN 978-3-03760-052-8

www.moneymuseum.com